

AMNESTY

MAGAZIN DER MENSCHENRECHTE

Nr. 126
Juni 2026

BODENSCHÄTZE PROFITE VOR MENSCHENRECHTEN

SYRIEN

Einsatz für kleine Patient*innen

USA

Verdrängung der Obdachlosen

IN ACTION

Fussball-WM: Angst statt Freude

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



GLOBAL RELIEF PROGRAMME

«Die Unterstützung gab uns die Hoffnung zurück, denn sie ermöglichte uns, an unserem angestammten Ort Widerstand zu leisten und unsere Gemeinschaft aufrechtzuerhalten.»

Cristobal Martínez, Oberhaupt der Tekoha Sauce Gemeinschaft



© Gustavo Luis Pereira Verly

Die indigene Gemeinschaft der Tekoha Sauce kämpft noch immer um das Recht auf Rückkehr auf ihr Land. Das Global Relief Programme unterstützt sie dabei.

In Paraguay wurden die Tekoha Sauce in den 1980er-Jahren beim Bau des Itaipú-Wasserkraftwerks vertrieben; bis heute warten sie auf die Rückgabe ihres angestammten Landes. Das Global Relief Programme von Amnesty International steht der Gemeinschaft seit Jahren juristisch zur Seite und hilft, die bedrohten Lebensgrundlagen der betroffenen Familien zu sichern.

Amnesty International macht Druck auf die Regierung und das Unternehmen Itaipú Binacional, damit die Gemeinschaft endlich Gerechtigkeit erfährt. Die Mittel des Relief Fonds ermöglichen zudem eine kontinuierliche rechtliche Vertretung. **In erster Instanz konnte ein positiver Gerichtsentscheid erreicht werden.** Dieser wird derzeit im Berufungsverfahren angefochten; unser Engagement ist also weiter nötig!

Mit dem Global Relief Programme unterstützen wir jedes Jahr Tausende schutzbedürftige Menschen weltweit. Unterstützen Sie unsere Arbeit!

www.amnesty.ch/global-relief

Helfen Sie, Menschenleben zu retten und die Rechte von Menschenrechtsverteidiger*innen zu schützen! Herzlichen Dank.

AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion . Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern

Jetzt mit TWINT spenden!

QR-Code mit der TWINT App scannen
Betrag und Spende bestätigen



EDITORIAL



Es ist eine unangenehme Wahrheit: Befürworter*innen nachhaltiger Energieträger müssen sich der Tatsache stellen, dass für Windturbinen, Photovoltaik-Zellen und Elektrofahrzeuge Seltene Erden und kritische Rohstoffe benötigt werden – Ressourcen, deren Abbau mit hohen ökologischen und sozialen Belastungen verbunden ist. Der

Kampf um die kritischen Bodenschätze befeuert Menschenrechtsverletzungen und gar Kriege, wie der Artikel von Natalie Wenger zu Sudan in diesem Heft zeigt.

Eine Abkehr von der Förderung erneuerbarer Energie ist keine Lösung, auch wenn in manchen Ländern fossile Ressourcen und auch die Kernenergie wieder en vogue sind. Es ist ja nicht so, als hätten sie keine Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen im Schlepptau. Vielmehr würde es darum gehen, dass beim

Abbau aller Bodenschätze die Menschenrechte eingehalten werden und der Abbau maximal ökologisch geschieht. Potenzial liegt auch im Recycling dieser Stoffe und im sparsamen Umgang mit den Endprodukten. Hier sind wir alle gefordert.

Die internationalen Abhängigkeiten bei der Beschaffung der Bodenschätze sind komplex, doch die kleine Schweiz ist hier nicht unbedeutend, ist sie doch Sitz der weltweit wichtigsten Rohstoffhändler. Die Schweiz hat die menschenrechtliche Pflicht, sicherzustellen, dass die Unternehmen die Menschenrechte entlang der gesamten Lieferkette achten. Mit einem wirksamen Konzernverantwortungsgesetz könnte die Schweiz längst solche Regeln erlassen. Doch der Gegenvorschlag des Bundesrats zur Initiative hat zu viele Lücken. Darum müssen wir Druck für ein griffigeres Gesetz machen – im Interesse der Menschenrechte, aber auch im Interesse einer nachhaltigen Zukunft.

Manuela Reimann Graf, verantwortliche Redaktorin

AKTUELL

Good News	4
Nachrichten	6
Aktuell im Bild	8
Brennpunkt	9
Faktisch rassistisch	

DOSSIER

Bodenschätze: Profite vor Menschenrechten	
Mehr als eine Schatzinsel	
Grönland ist reich an Bodenschätzen. Viele wollen sie. Doch die Regierung und die Bevölkerung wehren sich.	12
Blutiges Gold	
Der Handel mit dem Gold aus dem Bürgerkriegsland Sudan blüht. Auch die Schweiz kauft wohl schmutziges Gold.	16
Kette der Ausbeutung	
Lieferkettengesetze würden eigentlich die Achtung von Menschenrechten und den Schutz der Umwelt regeln. Eigentlich.	19
Seltene Erden, häufiger Zwang	
China dominiert die weltweite Produktion Seltener Erden. Europa hat sich abhängig gemacht und verschliesst die Augen.	20
Verletzte Rechte, verletzte Wurzeln	
Für die Ausbeutung der Lithiumvorkommen missachtet die US-Regierung nicht nur die Rechte der indigenen Gemeinschaft.	22
Rückkehr der Raubtiermentalität	
Der Kampf um die globalen Rohstoffreserven zeigt: Die neue US-Aussenpolitik ist gar nicht neu.	23

THEMA

Syrien	24
Ein Spital am Limit	
Iran	27
Brüche im Machtgefüge	
USA	28
Weg von der Strasse	
Schweiz	30
«Ein Gleichbehandlungsgesetz schützt uns alle»	

KULTUR

Buch	32
Reisen in ein versehrtes Land	
Ausstellung	33
Gesicht zeigen und das Schweigen brechen	
Theater	35
Zum Beispiel Jeanne d'Arc	

CARTE BLANCHE

Reeto von Gunten	35
------------------	----

IN ACTION

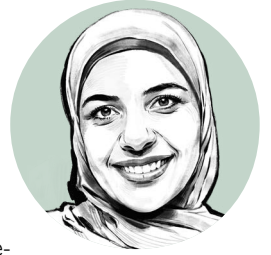
Fussball-WM 2026	37
Stoppt die Angst, bringt die Freude zurück	
Offener Brief Konzernverantwortung	38
Jetzt braucht es Druck	

INVESTIGATIVJOURNALISTIN FREIGELASSEN

Die Journalistin Makhabat Tazhibek-kyzy wurde aus der Haft entlassen, nachdem sie zwei Jahre einer sechsjährigen Gefängnisstrafe in Kirgisistan verbüsst hatte. Ihr wurde allerdings ein Reiseverbot auferlegt. Makhabat Tazhibek-kyzy, die ein bekanntes investigatives Medienunternehmen in **Kirgisistan** leitete, hatte zu Korruption auf höchster Ebene recherchiert und über soziale Probleme berichtet. Makhabat Tazhibek-kyzy wurde im Januar 2024 zusammen mit anderen Medienschaffenden festgenommen. Ihrem Ehemann, dem bekannten investigativen Journalisten Bolot Temirov, wurde die kirgisische Staatsbürgerschaft aberkannt und er wurde ins Exil gezwungen.

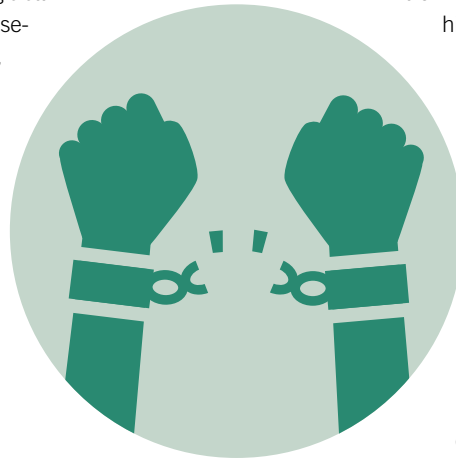
AUS ICE-HAFT ENTLASSEN

Leqaa Kordia sass ein Jahr lang in Haft, bevor sie im März 2026 freigelassen wurde. Die Palästinenserin kam ursprünglich mit einem Besuchsvisum in die **USA**, um ihre US-amerikanische Mutter wiederzusehen, von der sie als Kind getrennt worden war. Später er-



hielt sie ein Visum für ein Englisch-Studium. Nachdem sie an der Columbia University an einem Protest gegen den Krieg in Gaza teilnahm, wurde sie mit anderen Demonstrant*innen festgenommen, danach aber freigelassen. Am 13. März 2025 wurde Leqaa Kordia bei der US-Einwanderungsbehörde ICE in New Jersey vorstellig, nachdem ihr mitgeteilt worden war, dass es ein Problem mit ihrem Einwanderungsstatus gebe. Sie wurde an Ort und Stelle festgenommen und in eine Hafteinrichtung im Bundesstaat Texas gebracht, die der ICE untersteht. In Haft war sie in einer überfüllten Zelle, es

wurde wiederholt gegen ihre religiösen Rechte verstossen. Am 13. März 2026 ordnete ein Einwanderungsgericht ihre Freilassung auf Kaution an, nachdem frühere Anträge stets abgelehnt worden waren. Ihr Verfahren vor den Einwanderungs- und Bundesgerichten dauert aber an.



EIN VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

In der **Schweiz** anerkannte im April 2026 nach dem Bundesrat nun auch der Nationalrat mit deutlicher Mehrheit die Kindswegnahmen bei Jenischen und Sinti*zze explizit als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Bis in die 1970er-Jahre hatten staatliche Behörden, private und kirchliche Organisationen die Lebensweise der Jenischen und Sinti*zze bekämpft. Dazu wurden unter anderem durch das «Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse» bis zu 2000 Kinder von ihren Familien getrennt und in Heime, Erziehungsanstalten oder Pflegefamilien gesteckt.

Die Organisationen, die die Betroffenen vertreten, sind zufrieden mit diesem Entscheid, erwarten nun aber, dass endlich konkrete Schritte folgen, wie etwa die Schaffung von Lebensraum durch mehr Standplätze und die Thematisierung dieses Verbrechens im Schulunterricht.

(Lesen Sie dazu den Artikel im Kulturteil auf S. 33.)

EU-MITGLIEDER MÜSSEN AUSWEISE VON TRANS PERSONEN ANPASSEN

Gemäss einem weitreichenden Urteil des **Europäischen Gerichtshofs** (EuGH) vom März verstossen Mitgliedsländer der EU, in denen die Änderung eines Geschlechtseintrags in amtlichen Dokumenten nicht möglich ist, gegen Unionsrecht. Eine Bulgarin woll-

te den Geschlechtseintrag auf ihren Ausweisen auf «weiblich» ändern lassen, was ihr von den Behörden und Gerichten des Landes jedoch verweigert wurde. Der Kassationshof Bulgariens hatte aber Zweifel daran, dass die nationale Regelung mit EU-Recht vereinbar ist, und legte den Fall dem EuGH vor. Dieser entschied, dass die Mitgliedsländer der EU trans Personen Ausweisdokumente ausstellen müssen, die ihr gewähltes Geschlecht berücksichtigen. Alles andere verstosse gegen das EU-Freizügigkeitsrecht, das das Recht der Menschen, sich in der EU frei bewegen zu können, garantiert.





© Amnesty International

Sexuelle Handlungen ohne Zustimmung des Gegenübers sind Vergewaltigungen – darauf einigte sich das europäische Parlament Ende April.

EU-PARLAMENT STIMMT FÜR «NUR JA HEISST JA»

Mehr als zwei Drittel der Abgeordneten des **EU-Parlaments** stimmten am 26. April für eine Resolution, die eine EU-weite strafrechtliche Definition von Vergewaltigung verlangt: Sexuelle Handlungen ohne klares Einverständnis sollen demnach unter den Straftatbestand der Vergewaltigung fallen. Die Abgeordneten fordern ausserdem fachkundige Unterstützung der Betroffenen, Schulungen und Präventionsmassnahmen. Die Resolution ist nicht rechtsbindend, die EU-Kommission muss aber innerhalb von drei Monaten Stellung nehmen. Mittlerweile gilt die «Nur Ja heisst Ja»-Regel in 14 EU-Ländern. In der Schweiz entschied sich das Parlament nur für das sogenannte «Nein heisst Nein»-Modell, berücksichtigte im Gesetz aber die Schockstarre (Freezing).

DURCHBRUCH FÜR QUEERE PAARE

Der Oberste Gerichtshof der **Ukraine** hat im März 2026 erstmals eine gleichgeschlechtliche Beziehung als Familie anerkannt. Dies ist für queere Soldat*innen und deren Partner*innen gerade während des Krieges besonders wichtig, damit sie bei Verwundungen informiert werden, einander im Krankenhaus besuchen können und bei Bestattungsregelungen einbezogen werden. Laut Verfassung ist in der Ukraine derzeit die Ehe nur zwischen Mann und Frau zulässig. Ein Gesetzentwurf für eingetragene Lebenspartnerschaften, auch für gleichgeschlechtliche Paare, wurde nun eingebracht. Gleichzeitig wächst die gesellschaftliche Akzeptanz.

ANERKENNUNG DER AFGHANISCHEN FRAUEN-NATIONALMANNSCHAFT

«Fünf Jahre lang wurde uns gesagt, die afghanische Frauen-Nationalmannschaft könne nie wieder antreten, weil die Männer in unserem Land dies nicht zulassen», sagt Khalida Popal, Mitbegründerin der afghanischen Fussballnationalmannschaft, nach



dem Entscheid des **Fifa-Rats** vom 29. April 2026. Dieser bewilligte der Fifa die Registrierung von Nationalmannschaften, auch wenn das Team vom eigenen Mitgliedsverband nicht anerkannt ist. Die Änderungen der Governance-Regeln, für die sich unterm anderem Amnesty engagierte, ermöglichen es, dass die im Exil lebenden afghanischen Nationalspielerinnen ab sofort wieder an offiziellen Spielen teilnehmen können. «Ich bin sehr froh, dass unser Engagement dafür gesorgt hat, dass keine andere Nationalmannschaft das opfern muss, was unsere Spielerinnen geopfert haben», sagt Popal.



DAS ERSTE DIGITALE LAND?

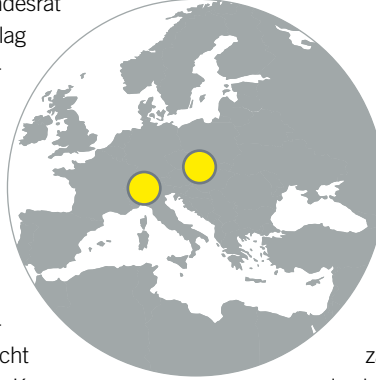
Mit dem Verkauf seiner Internet-Domain «.tv» finanziert **Tuvalu** ein ungewöhnliches Projekt. Der kleine Pazifik-Inselstaat, der aufgrund des klimabedingten Anstiegs des Meeresspiegels unterzugehen droht, plant, eine digitale Version seiner selbst zu erschaffen. Durch 3-D-Scans werden die Inseln und Atolle virtuell repliziert, um als digitales Land im digitalen Raum fortzubestehen, selbst wenn das physische Territorium unbewohnbar wird. Damit sollen die Staatlichkeit, Kultur und Geschichte bewahrt werden und die fast 11 000 Einwohner*innen – von denen mehr als 80 Prozent ein australisches Klimavisum beantragen – könnten Bürger*innen bleiben und an Wahlen teilnehmen. Doch noch sind nicht alle bereit, das physische Tuvalu aufzugeben. Die Regierung hat 2017 mit dem Green Climate Fund und dem Entwicklungsprogramm der Uno ein Project lanciert, das mit Strandaufschüttungen, verstärkten Deichen und Beton- und Steinwällen Land schafft, das dem ansteigenden Meeresspiegel widerstehen soll.



ES BRAUCHT NUN SICHTBARKEIT

SCHWEIZ Am 25. Februar 2026 hat der Bundesrat seine Botschaft zum indirekten Gegenvorschlag zur Inklusions-Initiative veröffentlicht. Das vorgeschlagene Inklusionsgesetz sowie die IV-Teilrevision bleiben weit hinter den notwendigen Veränderungen zurück. Ein rein deklaratorisches Gesetz ohne verbindliche Rechtsansprüche und ohne klare Verbindlichkeiten für Bund und Kantone wird den Verpflichtungen aus der Uno-Behindertenrechtskonvention für die 1,9 Millionen Menschen mit Behinderungen in der Schweiz nicht gerecht. Der Gegenvorschlag wird nun in den Kommissionen des Parlaments behandelt, so war er Ende April in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats. Dort wurden auch Vertreter*innen des Initiativkomitees angehört, die die Dringlichkeit der Initiative aufzeigen konnten.

Erfahren Sie mehr zum unzureichenden Schutz vor Diskriminierungen in der Schweiz im Interview mit Alma Wiecken von der EKR auf Seite 30.



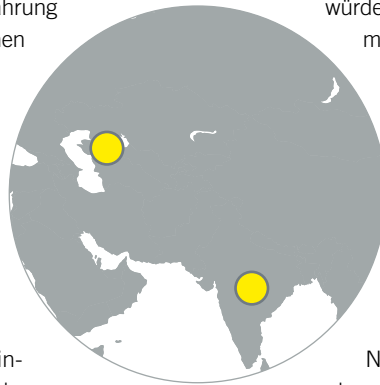
AUCH NACH ORBÁN HERRSCHT UNSICHERHEIT

UNGARN Neun Tage nach der Wahl von Péter Magyar zum neuen Ministerpräsidenten Ungarns fällte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ein wegweisendes Urteil, das die unter der Regierung Orbán verabschiedeten Anti-LGBTQIA+ Gesetze verurteilte. Magyars Tisza-Partei verfügt nun über eine Zweidrittelmehrheit in der Nationalversammlung. Obwohl er sich für ein to-

lerantes Ungarn und bessere Beziehungen zur EU einsetzt, hält er sich mit expliziten Aussagen zu queeren Themen zurück. Ob Ungarn sich von der LGBTQIA+ feindlichen Politik verabschieden wird, kann sich unter Umständen an Géza Buzás-Hábel zeigen: Der Lehrer und Menschenrechtsaktivist organisiert seit fünf Jahren die Pécs-Pride, die einzige Pride in Ungarn ausserhalb von Budapest. Ihm droht eine Haftstrafe, weil sein Engagement gegen ein queerfeindliches Gesetz der Orbán-Regierung verstösst, das noch in Kraft ist. Nur das neue Parlament kann das Gesetz aufheben. Das Strafverfahren gegen Géza Buzás-Hábel läuft noch.

HAFT NACH INTERVENTION CHINAS

KASACHSTAN Am 13. April 2026 verurteilte ein Gericht in Taldykorgan 19 Aktivist*innen der kasachischen Bewegung Atajurt wegen eines friedlichen Protests, der im November 2025 in der Nähe der Stadt Almaty stattfand. Elf der Aktivist*innen erhielten fünfjährige Haftstrafen wegen «Anstiftung zu interethnischer oder sozialer Zwietracht», darunter zwei Mütter von Kleinkindern, deren Strafen zur Bewährung ausgesetzt wurden. Acht weitere Personen erhielten eingeschränkte Freiheitsstrafen ohne Haft. Alle Angeklagten wurden zusätzlich für drei Jahre von öffentlichen oder politischen Aktivitäten ausgeschlossen. Während der Demonstration hatten die Teilnehmenden – ethnische Kasach*innen aus der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang – Menschenrechtsverletzungen durch die chinesischen Behörden in Xinjiang kritisiert und die Freilassung des kasachischen Staatsbürgers Alimnur Turganbay gefordert, der seit Juli 2025 in China festgehalten wird. Die Demonstrant*innen verbrannten chinesische Flaggen und ein Porträt des chinesischen Präsidenten Xi Jinping. Nach einer diplomatischen Beschwerde des chinesischen Konsulats stufte die kasachischen Behörden die anfänglichen Verwaltungsverfahren zu strafrechtlichen Ermittlungen hoch.

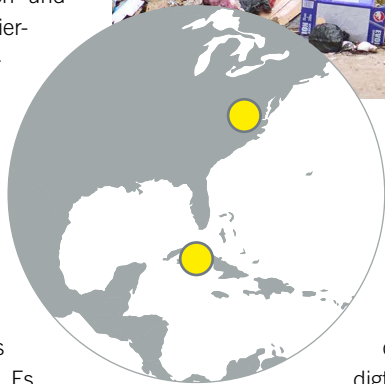


VERSTÄRKTE ONLINE-ZENSUR UND ÜBERWACHUNG

INDIEN Die von der indischen Regierung vorgeschlagenen Änderungen an den Gesetzen zur digitalen Regulierung würden den Behörden weitreichende Befugnisse einräumen, um Inhalte von Nutzer*innen zu überwachen, zu zensieren und zu entfernen, schreibt Amnesty International in einer rechtlichen Analyse. Neue Befugnisse sollen es den Behörden unter anderem ermöglichen, Inhalte, die sie als unangemessen erachten, auch ohne Beschwerde zu entfernen. In den vergangenen Monaten gab es mehrere prominente Fälle von Online-Zensur in Indien. Dazu gehört der Stand-up-Comedian Pulkit Mani, dessen satirisches Video, in dem er Premierminister Narendra Modi imitierte, auf Instagram blockiert wurde. «Die bestehenden Regeln werden nun nochmals restriktiver», sagt Aakar Patel, Vorsitzender des Vorstands von Amnesty Indien. «Diese neuen Änderungen verwandeln soziale Medienplattformen nun de facto in Vollstreckungsorgane des Staates. Sie enthalten eine Reihe alarmierender Bestimmungen, die die Meinungsfreiheit und Privatsphäre der Nutzer*innen verletzen und den Weg für massenhafte und langanhaltende Überwachung ebnen.»

BLOCKIERTES LAND

KUBA Während am 1. Mai in der kubanischen Hauptstadt Havanna an Massenprotesten gegen die US-amerikanische Blockade und die Drohungen militärischer Aggression demonstriert wurde, veröffentlichte US-Präsident Donald Trump eine Präsidentschaftsverfügung, die eine weitere Verschärfung der Sanktionen gegen das Land ankündigte. Die neuen Massnahmen richten sich insbesondere gegen ausländische Banken und -dienstleister, die mit sanktionierten Personen in Kuba zusammenarbeiten. Die Insel mit rund 10 Millionen Einwohner*innen leidet durch das langjährige Embargo und interne politische Spannungen bereits unter einer massiven Wirtschaftskrise. Die seit Januar 2026 von den USA verhängte Ölblockade hat das Land nun komplett lahmgelegt. Es kommt zu zahlreichen grossflächigen Stromausfällen, die massive Einschränkungen für die Kubaner*innen zur Folge haben.



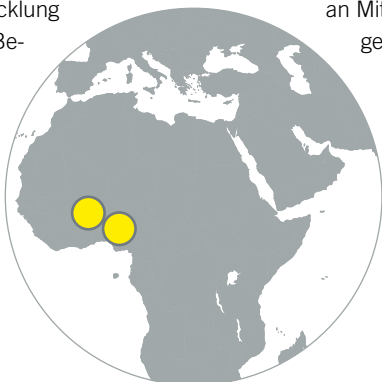
In den Strassen Havannas türmen sich hohe Abfallberge, der Müllabfuhr fehlt der Treibstoff.

AUSWEITUNG DER HINRICHTUNGSMETHODEN

USA In den Vereinigten Staaten sollen die Verfahren für Hinrichtungen von auf Bundesebene verurteilten Straftäter*innen beschleunigt werden können. In einem Bericht des Justizministeriums wurde angekündigt, dass die Verfahrensregeln für die Anwendung der Giftspritze aus der ersten Amtszeit von Präsident Donald Trump wieder aufgenommen werden sollen. So hatte der frühere Präsident Joe Biden tödliche Injektionen mit Pentobarbital verboten, da diese bei unsachgemässer Anwendung zu einem qualvollen Tod führen können. Präsident Trump will Pentobarbital nun wieder zulassen. Zudem sollen verurteilte Straftäter*innen künftig auch anders exekutiert werden dürfen, wenn die Substanzen für die Hinrichtung per Giftinjektion nicht erhältlich sind. Viele – vor allem europäische – Pharmafirmen weigern sich nämlich, ihre Präparate für Hinrichtungen an Gefängnisse zu liefern. Künftig sollen Erschiessungskommandos, der elektrische Stuhl und der Erstickungstod durch Gas als Methoden für Hinrichtungen auf Bundesebene zugelassen werden. Die Regierung plant ausserdem, Berufungsverfahren gegen Todesurteile zu beschleunigen und die Möglichkeiten für Begnadigungen einzuschränken.

WEITERE REPRESSION GEGEN ZIVILGESELLSCHAFT

BURKINA FASO Am 15. April 2026 gab das Ministerium für territoriale Verwaltung und Mobilität von Burkina Faso die Auflösung von 118 Nichtregierungsorganisationen und Vereinen «gemäss den geltenden Rechtsvorschriften» sowie ein Verbot ihrer Aktivitäten ohne weitere Begründung bekannt. Betroffen sind zivilgesellschaftliche Gruppen, Menschenrechtsvereinigungen und lokale Initiativen, die oft in den Bereichen humanitäre Hilfe, Entwicklung und Menschenrechte tätig waren. Bereits am 29. Januar 2026 sind alle politischen Parteien nach dreijähriger Suspendierung aufgelöst worden. Das Land wird seit zwei Militärputschen im Jahr 2022 von einer Militärjunta regiert, die den zivilgesellschaftlichen Raum zunehmend einschränkt.



ESKALIERENDE KRISE

NIGERIA Die Menschenrechtssituation in Nigeria verschlechtert sich weiter. Angesichts der Menschenrechtsverletzungen in Militärlagern, wiederholten Massakern an Mitgliedern der Fulbe-Gemeinschaft und der zunehmenden Entführungen von Kindern durch die islamistische Gruppe Boko Haram schlagen zahlreiche NGOs, darunter Amnesty International und Human Rights Watch, Alarm. Am 12. April starben bei einem Luftangriff des nigerianischen Militärs, der sich gegen Terrorist*innen richten sollte, mehr als hundert Zivilist*innen auf einem Markt im Nordosten des Landes. Ende desselben Monats wurden bei einem Anschlag des «Islamischen Staats» im Nordosten Nigerias mindestens 29 Menschen getötet. Die Uno warnt zusätzlich vor einer Hungersnot, die bis im Sommer fast 6 Millionen Menschen betreffen könnte.



AKTUELL _ IM BILD

Krieg trotz Waffenruhe – Die Bevölkerung von Dahiyeh im Süden **Beiruts** zeigt bemerkenswerte Resilienz angesichts der massiven Zerstörungen durch die Angriffe der israelischen Armee. Trotz vereinbarter Feuerpause intensivierte Israel im Mai die Angriffe auf den libanesische Süden und auf die Hauptstadt; auch die Hisbollah-Miliz schoss weiterhin Raketen Richtung Israel. Im Libanon wurden seit Anfang März gemäss offiziellen Angaben mehrere Tausend Menschen getötet und über eine Million Einwohner*innen wurden vertrieben.

FAKTISCH RASSISTISCH



© André Gottschalk

Manuela Reimann Graf ist Redaktorin des AMNESTY-Magazins und beschäftigt sich seit Langem mit dem Nahostkonflikt.

Die Annahme des Gesetzesentwurfs wurde mit Champagner gefeiert, einige Abgeordnete hatten Anstecknadeln in Form von goldenen Henckersknoten am Revers. Am 30. März verabschiedete das israelische Parlament, die Knesset, mit 62 zu 48 Stimmen einen Gesetzesentwurf, der die Todesstrafe in Fällen «von terroristisch motivierten Morden» zwingend vorsieht. Der Initiator des Gesetzes, der rechtsextreme Minister für Nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, bejubelte es als das «wichtigste Gesetz der vergangenen Jahrzehnte».

Israel hat die Todesstrafe zwar nie abgeschafft, aber seit der bisher einzigen Hinrichtung 1962 nicht mehr angewandt. Das Land stimmte jeweils für Uno-Resolutionen, die ein Moratorium für Hinrichtungen fordern, hat diese sogar mitinitiiert. Es waren aber nicht diese Kehrtwende in der Haltung zur Kapitalstrafe und das Abfeiern des Parlamentsentscheids, die weltweit schockierten. Es war vielmehr die Ausgestaltung des Gesetzes, die gleich mehreren Bestimmungen des Völkerrechts krass widerspricht.

Zwar gibt es im internationalen Recht kein ausdrückliches Verbot der Todesstrafe. Doch das Völkerrecht sieht klare Einschränkungen vor: So müssen faire Verfahren durchgeführt werden und es muss die Möglichkeit einer Begnadigung oder Strafmilderung geben. Die siegreiche Rechte im israelischen Parlament scherte sich nicht um diese Bestimmungen: Die Todesstrafe soll bei als terroristisch taxierten Morden obligatorisch angewendet werden müssen, eine lebenslange Haft ist nur in nicht näher definierten Ausnahmefällen möglich. Und: Sie muss innerhalb von 90 Tagen durch Erhängen vollstreckt werden. Begnadigungen sind ausgeschlossen.

Schockiert hat vor allem aber die rassistische Ausrichtung des Gesetzes, denn es sieht die Anwendung im besetzten Gebiet faktisch nur für Palästinenser*innen vor: Die Todesstrafe soll hier von den Militärgerichten zwingend ausgesprochen werden müssen. Doch dieser Militärjustiz unter-

stehen nur die Palästinenser*innen; israelische Siedler*innen oder Soldat*innen sind nicht betroffen, da sie zivilen Gerichten unterstehen.

Für in Israel begangene Morde soll die Todesstrafe verhängt werden, wenn sich die Tat «gegen die Existenz des Staates Israel» richtet. Mit dieser Formulierung wird auch hier deutlich: Dies richtet sich nur gegen palästinensische Täter*innen. Damit wird das System der Apartheid gegenüber Palästinenser*innen erneut zementiert.

Die israelische Menschenrechtsorganisation ACRI hält zudem fest, dass die Knesset völkerrechtlich kein Befugnis hat, Gesetze für das besetzte Gebiet zu erlassen, und somit internationales Recht (erneut) verletzt.

Im Vorfeld der Diskussionen im Parlament wurde mit dem Trauma des 7. Oktobers und dem Ruf nach Vergeltung Stimmung gemacht. Mit einer grossen Propagandakampagne wurde mehr Sicherheit durch Abschreckung versprochen. Dabei gilt dieses Gesetz nicht rückwirkend und kann somit nicht auf die Täter vom Massaker des 7. Oktobers 2023 angewendet werden. Ausserdem hatten sowohl die israelische Armee als auch der Inlandsgeheimdienst sich gerade aus Sicherheitsgründen gegen das Gesetz ausgesprochen.

In Jerusalem protestierten Menschen gegen die Entscheidung des Parlaments, israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen fechten das Gesetz vor dem höchsten Gericht an und eine breite Koalition von NGOs lancierte umgehend eine Petition mit der Forderung, dass das Gesetz für nichtig erklärt wird. Dieser Widerstand gegen die Todesstrafe, die von einer Mehrheit der israelischen Bevölkerung befürwortet wird, braucht Mut, denn die rechte Regierungskoalition geht auch gegen Menschenrechtsorganisationen immer härter vor. |

Schmutzige Geschäfte mit raren Ressourcen





Die Nachfrage nach Rohstoffen ist in den letzten Jahren massiv gestiegen. So ist insbesondere der Bedarf an sogenannten kritischen Materialien gewachsen, die für die Energiewende und die Elektromobilität notwendig sind. Die rasante Entwicklung der Künstlichen Intelligenz hat den globalen Wettkampf um Bodenschätze zusätzlich angeheizt. Auf der Strecke bleiben zumeist die Rechte der lokalen Bevölkerung an den Abbauorten. Statt bessere Lebensbedingungen und wirtschaftliche Entwicklung erhalten sie oft nur Umweltverschmutzung, Menschenrechtsverletzungen und Korruption.



Grönland ist reich an Bodenschätzen, darunter Seltene Erden. Unternehmen aus aller Welt, aber auch die USA und die EU möchten diese abbauen und verarbeiten. Doch Teile der Bevölkerung und die Regierung stellen sich quer.

Reportage von Andrzej Rybak, Fotos von Jonas Kakó

Mehr als eine Schatzinsel

Bent Janussen steuert sein Boot vorsichtig an einen Eisberg heran, um eine Boje an Bord zu ziehen. «So ein Mist, schon wieder haben die Haie alles aufgefressen», sagt er und zeigt auf einige Metallringe, an denen mal Angelhaken befestigt waren. «Sie haben die Heilbutte mitsamt der Haken verschluckt.»

Im Süden Grönlands, in den Fjorden rund um Narsaq, waren Haie schon immer natürliche Feinde der Fischer*innen. Doch so zahlreich wie zuletzt traten sie noch nie auf. «Ist das eine Auswirkung der Erderwärmung?», fragt Janussen. Die Landschaft wirkt so wild und unberührt wie immer: Felsige Küsten, darüber ein bleigrauer Himmel, im Wasser treiben Hunderte Eisberge, abgebrochen von den Gletscherzungen im Landesinneren.

Es ist kalt, und der Fahrtwind verstärkt die Kälte noch. Janussen trägt eine Thermohose und eine dicke Jacke. Immer wieder greift er zum Fernglas und hält Ausschau nach Robben, deren Fleisch zu den lokalen Delikatessen zählt. «In Narsaq leben viele Menschen noch vom Fischfang und von der Jagd – wie unsere Vorfahren», sagt er, der selbst zum indigenen Volk der Inuit gehört. «Nur haben die Boote heute Aussenborder und Navigationsgeräte.» Wichtig sei vor allem, «dass unsere Kinder in dieser intakten Umwelt aufwachsen und unsere Traditionen bewahren können». Dann macht er ein Selfie und stellt es auf Facebook.

Die arktische Insel Grönland, mehr als 53 Mal so gross wie die Schweiz, gehört zu den letzten weitgehend unerschlossenen Gebieten der Erde. Gerade einmal 70 Ortschaften sind dauerhaft bewohnt;

sie liegen entlang der Küsten, wie an einer Perlenschnur aufgereiht. Rund 80 Prozent der Insel sind von einer Eiskappe bedeckt, die langsam schmilzt. Es gibt keine Strassen zwischen den Siedlungen, sie sind – wenn das Wetter es zulässt – nur per Boot oder Hubschrauber erreichbar. Grönland zählt 56 000 Einwohner*innen.

Die vielerorts unberührte Wildnis ist auch eine Schatzkammer. In den eisfreien Regionen der Insel finden sich 25 der 34 Rohstoffe, die die Europäische Union 2023 als «kritisch» einstufte, darunter Seltene Erden, Graphit, Tantal, Beryllium, Zirkonium und Kobalt. Sie haben für die Wirtschaft hohe Bedeutung und gelten als unverzichtbar für «grüne» Technologien, finden in Elektromotoren, Batterien und Windrädern Verwendung, sind aber auch für die Hightech-, Rüstungs- und Weltraumindustrie notwendig.

Abhängigkeit von China beenden | Bisher kamen mehr als 80 Prozent der kritischen Rohstoffe aus China, bei Seltenen Erden hat Peking fast ein Monopol. Die chinesische Regierung subventionierte den Abbau und die Weiterverarbeitung, sodass es sich für den Rest der Welt kaum lohnte, selbst Bergwerke zu errichten. Grönlands Bodenschätze bieten eine Möglichkeit, diese Abhängigkeit zu reduzieren. Doch kann im fragilen Ökosystem der Arktis Bergbau betrieben werden, ohne dass die Insel und ihre Bewohner*innen Schaden nehmen?

Seit Beginn seiner zweiten Amtszeit drohte der US-Präsident Donald Trump mehrfach, Grönland übernehmen zu wollen, not-

Der Kangerluarsuk-Fjord, in welchem derzeit nach Seltenen Erden und anderen Mineralien gebohrt wird.

falls auch militärisch. Die Insel gehört zu Dänemark, hat aber weitgehende Autonomierechte, ein eigenes Parlament, eine eigene Regierung. Die EU und viele NATO-Länder unterstützten zuletzt Dänemark und Grönland gegen Donald Trumps Drohungen.

Für den Fischer Janussen ist die Sache klar: «Die USA wollen unsere Rohstoffe, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung. Wir trauen Trump nicht, wir kennen das Schicksal der amerikanischen Indigenen und wissen, wie die Inuit in Alaska diskriminiert werden.»

Janussen weiss aus eigener Erfahrung, wovon er spricht, hat er doch schon ein Bergbauprojekt vor der eigenen Haustür. Das australische Unternehmen Greenland Minerals will im Bergplateau Kvanefeld am Stadtrand von Narsaq Seltene Erden abbauen. «Das wäre unser Todesurteil», sagt der Fischer. Der Staub aus dem Tagebau würde alles verseuchen – Fjorde und Fische, Weideland für Rentiere und Schafe und am Ende auch die Menschen. Denn auf dem Plateau sind die Seltenen Erden mit hochradioaktivem Uranerz vermischt. Man kann sie nicht abbauen, ohne zugleich das radioaktive Spaltmaterial zu heben.

Kvanefeld ist als Lagerstätte für Rohstoffe schon lange bekannt. Dänische Geolog*innen erkundeten das Gebiet erstmals in den 1950er-Jahren und bauten Ende der 1970er-Jahre einen Stollen, um Uranproben zu entnehmen. Als sich die dänische Regierung 1985 gegen die Nutzung von Atomenergie entschied, wurde der Stollen geschlossen und der Eingang zugemauert. Doch die Ruhe war trügerisch: 2007 erwarb Greenland Minerals eine Explorationslizenz

Boote im Hafen von Narsaq im Süden der Insel, im Hintergrund der Berg Kvanefeld. Wie lange werden die Menschen hier noch vom Fischfang leben können?

für Kvanefeld. Das Unternehmen versprach «höchste Umwelt- und Sicherheitsstandards» und bis zu 200 Arbeitsplätze.

Entschädigungsspezialist*innen am Werk | Unabhängige Expert*innen warnen vor den Risiken, die mit dem Tagebau verbunden sein könnten. Radioaktiver Minenabfall könnte die Gewässer und die Landwirtschaft kontaminieren. Viele Bewohner*innen Narsaqs nehmen die Warnungen ernst. «Wovon sollen wir leben, wenn niemand mehr fischen und jagen kann?», fragt Janussen. Aus dem Widerstand gegen die Bergbaupläne entstand die Bewegung «Urani? Naamik» (Uran? Nein), der sich Menschen im ganzen Land anschlossen. Bei den Parlamentswahlen 2021 brachten sie die links-grüne Inuit Ataqatigiit (Gemeinschaft der Inuit) an die Macht, die ein landesweites Verbot von Uranabbau und Offshore-Ölbohrungen gesetzlich fest schrieb.

Greenland Minerals, das sich inzwischen in Energy Transition Minerals umbenannt hat, klagte daraufhin vor einem Schiedsgericht in Dänemark gegen die grönländische Regierung und versucht so, die grönländische Regierung zu veranlassen, ihre Politik zu ändern. Das Unternehmen fordert knapp zehn Milliarden Euro Entschädigung für bereits getätigte Investitionen sowie für entgangene Profite samt Zinsen. Die Summe stellt fast das Zehnfache des grönländischen Haushalts dar, obwohl die Explorationskosten der Firma nur bei knapp 90 Millionen Euro gelegen haben dürften.

Das Unternehmen trägt dabei kein Risiko, denn die Rechtskosten werden von Burford Capital, einem börsennotierten Unternehmen für Prozessfinanzierung, getragen. Im Erfolgsfall erhält die Kanzlei einen Anteil an der Entschädigung.



Greenland Minerals nutzt das sogenannte Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren, das ursprünglich entwickelt wurde, um ausländische Unternehmen vor Enteignung durch die Gaststaaten zu schützen. Heute wird es zunehmend genutzt, um Regierungen zu verklagen, die nach Beginn der Explorationsarbeiten striktere Umweltgesetze erlassen – und damit Bergbau erschweren oder unmöglich machen. Die Schiedsgerichte entscheiden gemäss einer Analyse des Thinktanks Transnational Institute in Amsterdam oft im Sinne der klagenden Investor*innen, Staaten und Steuerzahler*innen müssen häufig hohe Entschädigungen zahlen.

Das weiss auch Greenland Minerals. «Wir verstehen, dass die grönländische Regierung aus politischen Gründen versprochen hat, dieses Projekt zu stoppen», sagt der Geschäftsführer Daniel Mamadou. «Das ist in Ordnung, aber in diesem Fall handelt es sich um eine Enteignung und wir haben Anspruch auf Entschädigung.» Die grönländische Regierung sieht es anders: Die Firma habe zwar eine Explorationslizenz erhalten, aber keine Abbaulizenz. Lokale Gemeinden und Regierungen müssten das Recht haben, Bergbauprojekte abzulehnen, die Ökosysteme bedrohen oder inakzeptable Risiken für die menschliche Gesundheit und das Wohlbefinden mit sich bringen.

Schlechte Erfahrungen | Hat Greenland Minerals, an dem auch der chinesische Bergbaukonzern Shenghe beteiligt ist, eine Abbaulizenz oder nicht? Mit dieser Frage soll sich nun – so befand es das Schiedsgericht in Dänemark im Oktober 2025 – ein ordentliches Gericht in Grönland befassen. Erst danach können die Richter*innen des Schiedsgerichtes über die Höhe der Entschädigung entscheiden.

Greenland Minerals unterhält nach wie vor ein Büro in Narsaq. In einer Lager- und Werkstatthalle neben dem Fussballplatz der Gemeinde liegen Hunderte von Bohrkernen, die Seltene Erden, Uran,

Zink und Sodalith enthalten. «In Narsaq gibt es auch Bergbaubefürworter*innen, die glauben, dass man den Abbau so gestalten kann, dass weder Mensch noch Umwelt zu Schaden kommen», sagt Pavia Rohde, der aus Narsaq stammt und für Greenland Minerals arbeitet. «Der Ort braucht eine Zukunft, wir können nicht ewig so tun, als gäbe es keinen Fortschritt.» Rohde kümmert

Die Umweltaktivistin Grethe Nielsen fordert strenge Kontrollen bei der Goldgewinnung.



sich um die Wissenschaftler*innen, die im Auftrag von Greenland Minerals nach Narsaq kommen, Windrichtungen und Windstärken messen und Wasserproben aus den benachbarten Gewässern entnehmen.

Die aktuelle Regierung ist nicht grundsätzlich gegen den Bergbau, fordert aber strenge Umweltauflagen. Im Fall Narsaq will sie beim Abbauverbot bleiben. «Wir haben ein öffentliches Anhörungsverfahren durchgeführt und sind dem Willen des Volkes verpflichtet», sagt Naaja Nathanielsen, Ministerin für Rohstoffe, Wirtschaft, Energie, Justiz und Gleichberechtigung. «Natürlich müssen wir Geld mit unseren Mineralressourcen verdienen, doch nicht auf Kosten der Menschen.» Derzeit steuert Dänemark etwa die Hälfte des grönländischen Haushalts bei, rund 500 Millionen Euro pro Jahr. Einnahmen aus dem Bergbau könnten auf dem Weg zu mehr Eigenständigkeit helfen. «Aber wir wollen kein grosses Bergbauland werden», sagt die Ministerin. Drei bis fünf aktive Minen gleichzeitig seien genug, um «unsere Rechnungen bezahlen zu können».

Die 49-Jährige, die schon seit fünf Jahren dem Kabinett angehört, sieht den Bergbau in Grönland nüchtern. «Es ist ein langsam wachsendes Geschäft, von der Exploration bis zum Abbau vergehen meist 15 Jahre», sagt sie in ihrem Büro, aus dem man über die Hauptstadt Nuuk blickt. Der Erfolgsfall, dass der Gewinn die Investitionen übertrifft, liege in der Regel unter fünf Prozent. Die Regierung hat bisher 80 Explorationslizenzen vergeben, die Ergebnisse der meisten Testbohrungen werden frühestens in zwei bis drei Jahren erwartet.

Druck auf die Regierung | Derzeit sind auf der Insel zwei Minen in Betrieb: Der Anorthosit-Tagebau von Lumina Mining bei Kangerlussuaq, wo ab 2027 auch Seltene Erden gefördert werden sollen, und die Goldmine der kanadischen Amaroq-Gruppe bei Nalunaq, die ab diesem Jahr sechs bis zehn Kilogramm reines Gold pro Tag produzieren will. Abbaulizenzen erhielten auch die Firma Tanbreez für Seltene Erden nahe Qaortoq sowie eine Gra-



Zuerst wird gesprengt, dann werden die Graphitproben für Analysen ins Labor gesendet. Arbeiter des britischen Unternehmens GreenRoc Strategic Materials in einer Mine im Amitsoq.

Wie Donald Trump auf Grönland kam |

Momentan unternimmt 60°North Testbohrungen am Kangerluarsukfjord, der sich tief in die Berge von Südgrönland schneidet. Felswände ragen steil aus dem Wasser, auf der Ostseite erhebt sich eine markante Bergkette, deren Spitzen wie die Zinken eines Kamms aussehen. In dieser rauen Landschaft bereitet das US-australische Unternehmen Tanbreez den Abbau von Seltenen Erden vor. «Es ist eines der grössten Vorkommen ausserhalb Chinas», sagt Greg Barnes, der für Tanbreez arbeitet. «Zudem gibt es hier auch grosse Mengen an Tantal, Beryllium und Zirkonium.»

Barnes ist Geologe, er hat überall auf der Welt gearbeitet, bevor er in den 1990er-Jahren nach Grönland kam. Trotz des Mineralienreichtums der Insel war es lange nicht möglich, Investor*innen für den Bergbau zu finden. Der Durchbruch kam 2019. Damals hielt der 76-Jährige eine Rede über die Mineralschätze Grönlands vor Donald Trump im Weissen Haus. Der US-Präsident bot Dänemark daraufhin an, Grönland zu kaufen. Umweltschützer*innen geben Barnes seitdem die Schuld, die Begehrlichkeiten der USA geweckt zu haben.

Tanbreez will direkt vor der Lagerstätte im Fjord einen Anleger bauen, von dem das Erz per Schiff zu den Aufbereitungsfabriken in den USA und der EU transportiert werden soll. «Es ist unser Glück, dass Grönland weder über die Infrastruktur noch über Fachkräfte verfügt, um solche Fabriken zu betreiben», sagt die Umweltaktivistin Nielsen in Qaqortoq. «Damit sinkt das Risiko von Wasser- und Luftverschmutzung. Vielleicht werden unsere Kinder und Enkel immer noch hier leben können.»

Andrzej Rybak ist Autor und Journalist, Jonas Kakó ist freischaffender Fotojournalist.

phitmine von GreenRoc in Amitsoq. Sie könnten in zwei Jahren mit dem Abbau beginnen.

Die Goldmine bei Nalunaq war schon zwischen 2004 und 2013 in Betrieb. Das Unternehmen Crew Gold verschifft goldhaltiges Erz nach Kanada, wo es raffiniert wurde. Weil der Goldpreis damals niedrig war, waren die Kosten zu hoch, und die Mine wurde geschlossen. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine hat sich der Goldpreis aber fast verdreifacht. Amaroq, der neue Besitzer, baute eine Fabrik in Nalunaq, um auch vor Ort reines Gold zu gewinnen. «Bei der Goldgewinnung werden sehr viele giftige Chemikalien eingesetzt», sagt die Umweltaktivistin Grethe Nielsen. «Wir müssen Druck auf die Regierung ausüben, damit sie die Minen streng kontrolliert und die Natur schützt.»

«Wir brauchen den Bergbau, wenn wir von Dänemark unabhängig werden wollen», sagt Malik Rasmussen. «Fischerei und Tourismus bringen nicht genug, um die hohen sozialen Standards, an die die Menschen gewöhnt sind, zu halten.» Der 34-Jährige ist Chef von 60°North, des grössten Unternehmens in Südgrönland, das sich auf Dienstleistungen für Bergbauunternehmen spezialisiert. Denn der Bergbau erfordert lokales Know-how. «Die Bedingungen sind schwieriger als in den meisten anderen Ländern, jede Art von Infrastruktur muss von weit her transportiert werden, und das ist exorbitant teuer», sagt Rasmussen. Es gebe auch viele soziale Probleme, die lange kaum beachtet wurden. Viele Inuit fühlten sich ausgegrenzt und missachtet – und hegen viel Groll gegen Dänemark, die ehemalige Kolonialmacht, die erstmals 1721 auf die Insel kam und noch immer die Aussenpolitik, die Justiz, die Verteidigung und die Polizei kontrolliert.

Bent Janussen fischt und jagt Robben im Fjord vor der Stadt Narsaq. Er befürchtet, dass dies wegen der Verseuchung der Umwelt dereinst nicht mehr möglich ist.





Blutiges Gold

Seit über drei Jahren herrscht im Sudan ein brutaler Krieg. Finanziert wird dieser unter anderem durch den Handel mit Gold – trotz internationaler Sanktionen. Einer der grössten Umschlagplätze für sudanesisches Gold sind die Vereinigten Arabischen Emirate, von wo auch Schweizer Raffinerien Gold beziehen. Von Natalie Wenger

Seit 2011 wird in Sudan intensiv nach Gold gesucht. Scheinbar unermüdlich graben vorwiegend junge Menschen in der brütenden Hitze nach dem glitzernden Rohstoff – nicht aus Gewinnsucht, sondern aus Not. Denn mit der Abspaltung des Südsudans im Jahr 2011 verlor der Sudan 75 Prozent seiner Ölreserven, was eine Wirtschaftskrise auslöste. Tausende wurden arbeitslos. Die unabhängigen Goldschürfer*innen hatten wider Erwarten Erfolg: In der dünn besiedelten Bergregion Jebel Amer in Nord-Darfur stiessen sie auf ein riesiges Goldvorkommen. Doch die Freude währte nicht lange.

Denn der Kampf ums Gold wurde zu einer der Ursachen des Kriegs, der im April 2023 zwischen den Rapid Support Forces (RSF) und der sudanesischen Armee (SAF) ausbrach. Mittlerweile ist das Gold ein zentraler Faktor für dessen Weiterführung: Sowohl die RSF wie auch die SAF finanzieren den Krieg mit dem Goldhandel und kaufen mit dem Erlös ihre Waffen.

Sudan ist einer der grössten Goldexporteure

Afrikas – allerdings wird nur ein Bruchteil auf legalem Weg gehandelt.

Obwohl Gold mittlerweile eines der wichtigsten Exportmittel des Sudans ist, war der Handel mit Gold für das Land lange nicht zentral. Im Gegenteil: Bis etwa 2010 spielte Gold in der sudanesischen Wirtschaft eine untergeordnete Rolle. Der industrielle Abbau beschränkte sich auf einen einzigen Standort. Erst nach der Abspaltung des Südsudans im Jahr 2011 wurde der Goldhandel aktiv vorangetrieben – und mit der Eröffnung der Sudan Gold Refinery in Khartoum unter der damaligen Regierung zentralisiert. Alles Gold musste diese Anlage vor dem Export passieren, die Ausfuhr von unraffiniertem Erz wurde verboten. Im selben Jahr machte Gold bereits 60 Prozent der Exporte aus.

Bald jedoch wehrten sich lokale Autoritäten gegen diese staatliche Kontrolle – so auch in Nord-Darfur. Nach erbitterten Kämpfen übernahm die RSF unter Mohamed Hamdan Dagalo ab 2017 die Kontrolle über die meisten Minen in der Region. Kurz nach Ausbruch des Krieges eroberte die RSF zudem die Sudan Gold Refinery in Khartoum – in der sich vor

dem Überfall durch die RSF 1,6 Tonnen Gold sowie weitere Rohgoldvorräte im Wert von 150,5 Millionen US-Dollar befanden.

Undurchsichtige Wege | Im Zuge des Bürgerkriegs wurde Gold zu mehr als nur einem wirtschaftlichen Vermögenswert; es wurde zu einem zentralen Instrument der Macht und des Einflusses. Schätzungen der sudanesischen Regierung zufolge fördert der Sudan inzwischen jedes Jahr zwischen 70 und 90 Tonnen Gold, allerdings werden laut dem sudanesischen Finanzministerium nur rund 20 Tonnen auf legalem Weg exportiert.

Der wichtigste Abnehmer für sudanesisches Gold: Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), einer der grössten Goldhandelsplätze der Welt. Unter Berufung auf Uno-Comtrade-Daten stellt die Schweizer NGO Swissaid fest, dass die VAE im Jahr 2024 29 Tonnen Gold direkt aus dem Sudan

importierten – ein massiver Anstieg gegenüber den 17 Tonnen im Vorjahr. Hinzu erhielten die VAE erhebliche Mengen über Nachbarländer: 27 Tonnen aus Ägypten, 18 Tonnen aus dem Tschad und 9 Tonnen aus Libyen. Die Daten für die VAE waren nur kurzzeitig verfügbar und wurden nach wenigen Tagen von der Comtrade-Plattform entfernt.

Zwar ist es nahezu unmöglich zurückzuverfolgen, aus welchen Regionen des Sudans das Gold stammt, denn die Lieferketten führen über zahlreiche Zwischenhändler und Transitländer. Zudem wird das Gold auf den Transportrouten laut Swissaid mehrfach raffiniert, wodurch die Herkunft nicht mehr nachweisbar wird. Dennoch scheint unbestritten, dass Gold aus den von der RSF kontrollierten Gebieten in den VAE landet. Dass die VAE im Gegenzug Waffen, Drohnen und weitere Kriegsmaterialien in den Sudan schicken, zeigen mehrere Recherchen von Amnesty International.

Auch Ägypten, das die sudanesische Armee SAF militärisch unterstützt, hat als neuer Markt für sudanesisches Gold an Bedeutung gewonnen. Expert*innen der britischen Denkfabrik Chatham House schätzen, dass die inoffiziellen und geschmuggelten Goldexporte nach Ägypten etwa 60 Prozent der Goldproduktion aus den sudanesischen Bundesstaaten im Norden, am Nil und am Roten Meer ausmachen. Die SAF unterstützt diese Route seit Kriegsbeginn, um weniger Gold direkt in die VAE zu exportieren. Es gibt jedoch starke Hinweise darauf, dass auch das über Ägypten exportierte Gold letztendlich in den VAE landet – und von dort aus auf den Goldmärkten in der ganzen Welt.

Besorgniserregender Anstieg | Trotz der Verstrickungen der VAE im Sudan-Krieg importiert die Schweiz weiter Gold aus den Emiraten. Die Importe stiegen in den letzten Jahren gar. Laut Daten des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit BAZG gelangten 2025 420 Tonnen Gold im Wert von über 38 Milliarden Franken aus den VAE in die Schweiz – das ist mehr als fünf Mal so viel wie noch vor zehn Jahren. «Dieser massive Anstieg ist besorgniserregend», sagt Marc Ummel, Rohstoffexperte bei Swissaid. «Angesichts der Mengen an illegalem Gold und Konfliktgold, das über die VAE transportiert wird, ist die Gefahr gross, dass ein Teil davon auch in der Schweiz landet.»

Des Risikos ist sich auch der Bund bewusst. Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO beteuert auf Anfrage zwar, dass alle Goldimporteure in der Schweiz gesetzlich verpflichtet sind, bei der Beschaffung aus Konfliktgebieten oder Hocharbeitsgebieten eine Sorgfaltsprüfung durchzuführen, um sicherzustellen, dass ihre Lieferketten keine bewaffneten Konflikte finanzieren. Allerdings sei es «nicht in allen Fällen möglich, die tatsächliche Herkunft von Gold eindeutig zu bestimmen



Viele Arbeiter*innen werden von den Kriegsparteien im Sudan gezwungen, weiter Gold zu schürfen – das Mineral ist eine der wichtigsten Finanzierungsquellen des Krieges.

Wirtschaftskommission (GWK) angekündigt, in der auch der bilaterale Goldhandel besprochen werden solle.

Fortschritte gibt es betreffend der Rückverfolgbarkeit: So hat das Parlament im Sommer 2025 eine Revision des Edelmetallkontrollgesetzes verabschiedet. Künftig müssen Schweizer Raffinerien den Richtlinien der OECD folgen und die gesamte Lieferkette des Goldes überwachen. Bisher waren sie nur verpflichtet, ihre direkten Lieferant*innen zu kontrollieren. Die Details zur Umsetzung müssen noch geklärt werden. Ein ausformulierter Vorschlag soll voraussichtlich im Sommer in die öffentliche Vernehmlassung gegeben werden. «Dass die Schweizer Raffinerien ihre Lieferkette sorgfältiger prüfen müssen, ist begrüssenswert», sagt Marc Ummel von Swissaid. «Doch letztendlich hilft nur grössere Transparenz, wenn effektiv verhindert werden soll, dass in der Schweiz mit Konfliktgold gehandelt wird.»

Ein erster Schritt dazu wurde bereits getan: Anfang Jahr wurde vom Schweizerischen Edelmetallverein ASMP die Schweizerische Edelmetalltransparenzplattform publiziert, die mehr Informationen über die Herkunft der in der Schweiz verarbeiteten Edelmetalle liefern soll. Bisher sind jedoch erst die Daten für 2024 einsehbar. Und: Ein wichtiger Player fehlt. Denn Valcambi, die einzige Schweizer Raffinerie, die Gold aus den Emiraten zur Verarbeitung akzeptiert, ist seit Herbst 2023 nicht mehr Mitglied der ASMP. Die Daten von Valcambi sind daher nicht auf der Plattform ersichtlich, was das Bild des Schweizer Goldhandels merklich verzerrt.

Für Marc Ummel, der diese Initiative für mehr Transparenz sehr begrüsst, greifen die Massnahmen noch aus einem anderen Grund zu wenig: «Die Daten auf der Plattform sind zusammengefasst und können daher nicht den einzelnen Raffinerien zugeordnet werden. Wir verlangen daher die Veröffentlichung der Namen aller Lieferanten, insbesondere auch der Lieferanten von Sekundärgold, das zu Verschleierungszwecken als recyceltes Gold bezeichnet wird. Auch alle Raffinerien müssen gesetzlich verpflichtet werden, die Namen ihrer Lieferanten offenzulegen. Eine Gelegenheit bietet sich diesen Sommer, wenn die Revision der Edelmetallkontrollverordnung in die Vernehmlassung kommen soll.»

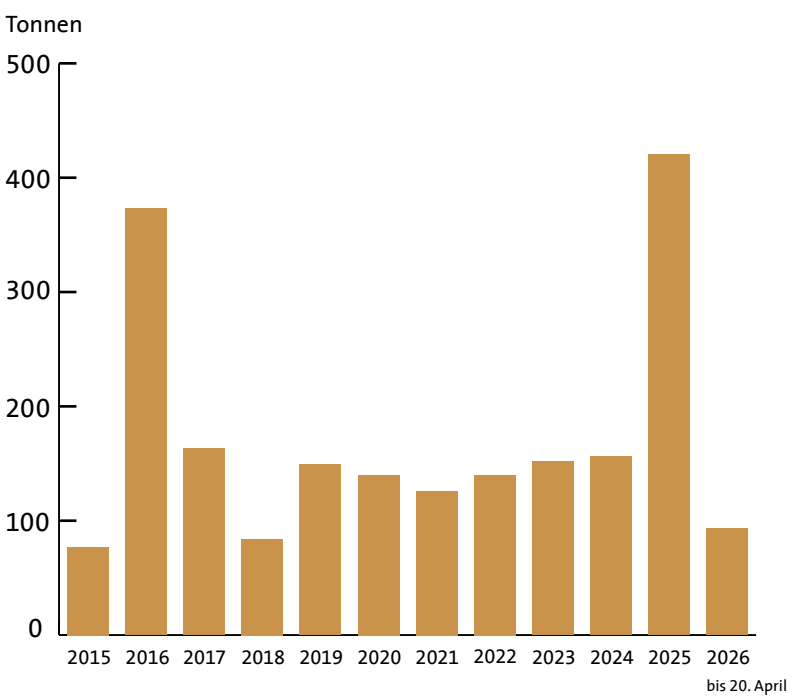
Klar ist, der Bundesrat muss nun seine Verantwortung wahrnehmen, um zu verhindern, dass Konfliktgold in die Schweiz gelangt. Denn solange der Goldhandel aus dem Sudan floriert, wird der Konflikt andauern – und somit auch die grausamen Menschenrechtsverletzungen.

oder lückenlos zurückzuverfolgen». Gerade bei Anlagegold aus älteren Beständen und bei Gold von verschiedenen Ankäufern und Zwischenverarbeitern sei die Überprüfung erschwert.

Schweiz setzt auf Vertrauen | Den Beteuerungen der VAE, kein sudanesisches Gold an die Schweizer Raffinerien zu liefern, wird beim Bund geglaubt. Sanktionen oder Einfuhrbeschränkungen für Gold aus den VAE sind nicht vorgesehen. «Grundsätzlich handelt es sich bei der Beschaffung von Gold aus den VAE um Legalverkehr», schreibt das SECO. Der Bund habe jedoch kein Interesse daran, dass Konfliktgold importiert würde. Deshalb haben die Schweiz und die VAE Anfang Jahr die Schaffung einer Gemischten

So viel Gold importiert die Schweiz jährlich aus den Vereinigten Arabischen Emiraten

Schweizer Goldimporte aus den VAE in Tonnen pro Jahr



Quelle: Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit BAZG



© Iván Martínez/Amnesty International

Die Kette der Ausbeutung

Bei der Förderung und Verarbeitung von Rohstoffen müssten Menschenrechte und der Schutz der Natur auf der gesamten Wertschöpfungskette eingehalten werden. Doch bis dahin ist es noch ein langer Weg. Von Mathias John

Mit den 2011 beschlossenen Uno-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte existiert ein globaler Rahmen, der Unternehmen verpflichtet, Menschenrechte zu achten und negative Folgen ihrer Tätigkeit zu verhindern. Und zwar entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Pflicht der Staaten bleibt es, diese Sorgfalt rechtlich zu verankern und Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen den Zugang zu Beschwerdemechanismen zu gewährleisten.

Aber was ist nun diese «gesamte Wertschöpfungskette»? Grundsätzlich reicht sie von den Rohstoffen über die daraus entstehenden Zwischen- und Endprodukte bis hin zu deren Vertrieb, Recycling oder Entsorgung. Lieferketten gehen also über die reine Produktion hinaus: Sie umfassen auch den Transport der Güter sowie die Energie für alle Prozesse, die oft aus fossilen Brennstoffen stammt. Der Finanzsektor sorgt für das notwendige Geld. All diese Akteure müssten bei ihren Aktivitäten menschenrechtliche Sorgfaltspflichten beachten.

Risiken für Mensch und Umwelt | Gerade Lieferketten für metallische Rohstoffe, für Brennstoffe oder für Kunststoffprodukte aus der Erdölwirtschaft weisen grosse menschenrechtliche, umwelt- und klimabezogene Risiken auf. So etwa bei der Förderung von Bauxit als Rohstoff für Aluminium in Indien oder Guinea, bei der Förderung von Kobalt oder Kupfer in der Demokratischen Republik Kongo, bei Nickel auf den Philippinen. Belegt sind Zwangs- und Kinderarbeit, katastrophale Arbeitsbedingungen und Gesundheitsschäden, Zwangsvertreibungen, Umweltschäden und Verletzungen der Rechte indigener Völker.

Klassische Konfliktmineralien wie Gold, Tantal, Wolfram und Zinn finanzieren immer noch Kriege und Bürgerkriege. Das setzt sich auch bei der Aufarbeitung und Herstellung

von Zwischenprodukten fort. Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz wie auch gewerkschaftliche Rechte sind eingeschränkt, giftige Abfälle gefährden die Umwelt.

Amnesty International hat mit dem Bericht «Extraction Extinction» von 2025 anhand von Beispielen aus mehreren Ländern Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden im Umgang mit fossilen Brennstoffen dokumentiert. Auf den ersten Ebenen der Lieferketten sind vor allem kritische Ökosysteme und die ansässigen Menschen betroffen. Ihnen

Lieferketten sind komplex: Sie können eine hohe fünfstellige Anzahl Unternehmen verbinden.

werden die Lebensgrundlagen genommen und ihr Recht auf Gesundheit verletzt. Durch die ungerechte Verteilung der Profite wird die Armut verstärkt, Rechte von Indigenen werden ignoriert. Die weitere Verarbeitung in Raffinerien und in der petrochemischen Industrie ist mit neuen Umweltschäden, Einschränkung von Gewerkschaftsrechten oder gefährlichen Arbeitsbedingungen verbunden. Und am anderen Ende der Wertschöpfungsketten stehen die klimaschädliche Energieerzeugung und das Vermüllen der Ozeane mit Plastik.

Auch wenn mit den Uno-Leitprinzipien und darauf beruhenden Gesetzen erste Schritte getan wurden, Unternehmen zur Verantwortung für die durch sie verursachten Menschenrechtsverletzungen zu ziehen, bleibt es ein mühsamer Weg. Es braucht wirksame nationale Regelungen – wie es die Konzernverantwortungsinitiative für die Schweiz fordert.

Ziel muss ein globales Abkommen sein, das Menschen überall vor Übergriffen bei wirtschaftlichen Aktivitäten schützt und es ihnen ermöglicht, ihre Rechte wahrzunehmen und Entschädigungen zu erhalten. |

Mathias John ist Sprecher der Gruppe für Wirtschaft, Rüstung und Menschenrechte von Amnesty Deutschland.

Seltene Erden, häufiger Zwang

Europa ist in hohem Masse von Chinas Rohstoffen und Raffinerien abhängig. Dabei missachtet das Land systematisch die Menschenrechte. Von Felix Lee

Ein europäisches E-Auto rollt lautlos aus der Fabrikhalle – Symbol einer klimafreundlichen Zukunft. Unsichtbar bleibt, dass in seinem Motor Magnete stecken, deren Seltene Erden aus Minen im Norden Chinas stammen, wo ganze Landschaften verseucht werden und Arbeiter*innen ohne Zugang zu unabhängigen Gewerkschaften schufteten, in vielen Fällen unter Zwang. Die europäische Wirtschaft beruht teilweise auf Lieferketten, in denen Menschenrechte systematisch missachtet werden.

China hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zur dominierenden Rohstoffmacht entwickelt – insbesondere bei Seltenen Erden, die für Windräder, Smartphones, Fahrzeuge und Rüstungsgüter unverzichtbar sind. Rund 91 Prozent der weltweit gewonnenen Seltenen Erden werden dort verarbeitet, zeigt eine

sen die Industrieländer des Globalen Nordens China bereitwillig diesen «schmutzigen» Teil der Wertschöpfung – es war kostengünstig und bequem, ihn auszulagern.

Heute zeigt sich, wohin das geführt hat. In Chinas Minderheitenregionen, besonders in Xinjiang, überlagern sich Rohstoffausbeutung und staatliche Unterdrückung. Dort, wo die muslimische Minderheit der Uigur*innen lebt, haben die Behörden ein engmaschiges System aus Überwachung, Umerziehungslagern und Zwangsarbeit errichtet. Offiziell dienen sogenannte Berufsbildungszentren der Armutsbekämpfung. In der Praxis werden Menschen unter politischem Druck in Fabriken verlegt.

Eine Studie der Stiftung Global Rights Compliance aus dem Jahr 2025 hat hohe Anteile von Zwangsarbeit in den Lieferketten kritischer Mineralien wie Seltene Erden, Lithium, Kobalt und Graphit aus Xinjiang festgestellt. Sie dokumentiert, wie China staatliche Arbeitstransferprogramme einsetzt, um Menschen zwangsweise in Bergbau- und Verarbeitungsbetriebe zu verlegen.

Risikoregion Xinjiang | Wie gross der Anteil der aus Xinjiang stammenden Rohstoffe ist, weiss niemand genau. Die Lieferketten sind oft verschleiert, unabhängige Kontrollen nicht möglich. «Die Aussagen chinesischer Anbieter sind kaum verlässlich, weil sie im Zweifel die Position des Staates wiedergeben», sagt der Anthropologe und China-Forscher Adrian Zenz, Senior Fellow der US-amerikanischen

Grosse Teile der globalen Produktion von Polysilizium hängen an Lieferketten, die nach Xinjiang führen. Wer also in Europa Solarmodule installiert, kann kaum sicher sein, dass keine Zwangsarbeit darin steckt.

Erhebung des Supply Chain Intelligence Institute Austria. Auch bei Kobalt (97 Prozent), Lithium (73 Prozent) und Graphit (98 Prozent) kontrolliert Peking der Internationalen Energieagentur zufolge grosse Teile der globalen Wertschöpfung.

Diese Vormachtstellung gründet auf einer klaren Strategie: niedrige Umweltstandards, billige Energie, staatliche Subventionen – und ein autoritäres System, das Widerstand in den Produktionsstätten im Keim erstickt. In Regionen Chinas wie der Inneren Mongolei, Jiangxi oder Xinjiang sind so wirtschaftliche Räume entstanden, in denen Hightech-Industrie mit einem Mangel an Rechten einhergeht. Seltene Erden sind gar nicht so selten. Ihr Abbau und ihre Veredelung indes sind aufwendig, giftig und zerstörerisch. Medienrecherchen zeigen immer wieder, dass sich an den Überresten verlassener Minen giftige Seen und radioaktive Abfallhalden bilden. In den 1980er-Jahren überlies-

Victims of Communism Memorial Foundation. «Wenn die Regierung erklärt, es gebe keine Zwangsarbeit, sehen sich auch Unternehmen legitimiert, dasselbe zu sagen – selbst, wenn sie uigurische Arbeitskräfte einsetzen.»

Zenz hat mit seinen Recherchen zur Zwangsarbeit unter anderem dazu beigetragen, dass deutsche Konzerne wie BASF und VW ihre Werke in Xinjiang aufgaben. «Die Transparenz der Lieferketten innerhalb Chinas ist praktisch nicht gewährleistet», sagt er. «Immer wieder gibt es Belege für Umwege und Zwischenstationen. So lässt sich kaum noch nachvollziehen, dass die Ware ursprünglich aus Xinjiang stammt. In Branchen mit hohem Xinjiang-Anteil müsste man eigentlich davon ausgehen, dass das Risiko strukturell nicht ausgeschlossen werden kann – und konsequenterweise ganz auf den Bezug aus China verzichten.»



Luftaufnahme der riesigen Tagebaugrube im Koktokay National Geopark in der Region Xinjiang, wo es Vorkommen von 84 verschiedenen Erzen gibt.

Besonders deutlich ist das in der Solarindustrie: China produziert laut der Internationalen Energieagentur rund 85 Prozent der weltweit verkauften Solarmodule. Grosse Teile der globalen Produktion von Polysilizium hängen an Lieferketten, die nach Xinjiang führen. Wer also in Europa Solarmodule installiert, kann kaum sicher sein, dass keine Zwangsarbeit darin steckt.

Und selbst Metalle, die ursprünglich aus afrikanischen oder südamerikanischen Minen stammen, werden heutzutage überwiegend in China verarbeitet. In Afrika sichern sich chinesische Unternehmen dem US-amerikanischen Think-Tank Brookings zufolge mit Krediten, Infrastrukturprojekten und Beteiligungen an Minen Zugang zu Kupfer, Kobalt, Lithium und Mangan. Strassen, Bahnlinien und Häfen entstehen im Rahmen der «Neuen Seidenstrasse» – offiziell haben alle etwas davon, oftmals aber zum Preis von Umweltzerstörung, Landverlust und neuen Abhängigkeiten. Über die Achse «afrikanische Lagerstätten – chinesische Veredelung – europäische Abnehmer*innen» verknüpft China globale Machtverhältnisse: Afrikanische Staaten geraten in Abhängigkeiten, China kontrolliert Rohstoffe, Europa erhält billige Vorprodukte – und schiebt die ethische Verantwortung entlang der Lieferkette von sich weg.

In der Europäischen Union war zwar zwischendurch die Einsicht gewachsen, dass Lieferketten nicht länger nach dem Prinzip «billig vor fair» funktionieren können. Das deutsche Lieferkettengesetz und auch die geplante EU-Richtlinie über unternehmerische Sorgfaltspflichten sollen Unternehmen zu mehr Verantwortung verpflichten. Mittlerweile wurde die europäische Richtlinie abgeschwächt, und Unternehmensverbände wie Politiker*innen fordern weitere Lockerungen.

Nur lässt der politische Druck derzeit nach. Die EU arbeitet zwar an einem Importverbot für Produkte aus Zwangsarbeit, das Ende nächsten Jahres in Kraft treten soll. Doch die Angst vor chinesischen Gegenmassnahmen wie etwa der Drohung, bestimmte Exporte zu drosseln, ist gross. Auch wird es dauern, bis Alternativen zu Seltenen Erden aus China gefunden und gefördert sind – mindestens ein Jahrzehnt, schätzen Expert*innen. «China hat systemische Abhängigkeiten geschaffen», stellt Experte Zenz fest. Um sich daraus zu lösen, brauche es «Industriepolitik mit klaren, auch protektionistischen Elementen – und eine abgestimmte europäische Lieferkettenstrategie».

Felix Lee ist Wirtschaftsjournalist mit Schwerpunkt auf China.



Eine Aktivistin aus der Gemeinschaft der Shoshonen protestiert gegen die Lithium-Mine.

Im Wettlauf um Lithium stellt Washington die Bedürfnisse der Wirtschaft über die Rechte der indigenen Bevölkerung, wie ein aktueller Bericht von Amnesty International enthüllt.

Von Jean-Marie Banderet

des Massakers von 1865 am Thacker Pass, bei dem Soldaten der US-Kavallerie schätzungsweise 30 bis 50 indigene Paiute-Männer, -Frauen und -Kinder töteten. «Hier ruhen meine Vorfahren, in ihrem Gedenken haben wir versucht, dieses Land zu schützen», sagt sie. Shelley Harjo fügt hinzu: «Die Mine wird unsere Heimat und unsere Lebensweise zerstören.»

Der Umfang der geplanten Erweiterungen der Minen in Nevada ist besorgniserregend. Im September 2024 waren in dem Bundesstaat mehr als 23 500 Anträge auf Konzessionen eingereicht worden – viele davon

betreffen das angestammte Land indigener Gemeinschaften. «Die Lithiumgewinnung und -verarbeitung in Nevada bedroht die Wasserquellen und die biologische Vielfalt – mit verheerenden Folgen für die indigenen Gemeinden», sagt Alysha Khambay, Expertin für Wirtschaft und Menschenrechte bei Amnesty International.

Verletzte Rechte, verletzte Wurzeln

«Wir haben nie zugestimmt. Wir wurden einfach über den Tisch gezogen», sagt Shelley Harjo, Mitglied der Shoshone-Paiute in Nevada. Auf dem Land ihrer Gemeinschaft wird in der im Bau befindlichen Thacker-Pass-Mine bald Lithium abgebaut werden. Wie für diese Mine wurde auch für zwei weitere Grossbergbauprojekte – das Nevada-North-Lithium-Projekt und das Rhyolite-Ridge-Lithium-Projekt – keine Zustimmung der betroffenen indigenen Gemeinden eingeholt, wie ein Bericht von Amnesty vom Mai 2026 aufzeigt.

Im weltweiten Wettlauf um unverzichtbare Rohstoffe für moderne Technologien, zu denen auch Lithium gehört, erteilt die Trump-Regierung Bergbaugenehmigungen im Eiltempo. Da die Nachfrage nach Lithium aufgrund der Energiewende und wegen des wachsenden Strombedarfs der KI-Rechenzentren stark ansteigt, hat sich Nevada zu einer wichtigen Förderregion entwickelt: 85 Prozent der Lithiumreserven der USA befinden sich hier.

Entweihetes Erbe | Für Dorece Sam Antonio sind die Pläne der Thacker-Pass-Mine ein schwerer Schlag. Sie ist eine direkte Nachfahrin von Ox Sam, einem der drei Überlebenden

Ignorierte Rechte | Die US-Behörden halten es nicht für notwendig, die Rechte der indigenen Bevölkerung zu respektieren. Das Bundesrecht verlangt nämlich keine Zustimmung der indigenen Bevölkerung, sobald das Land als öffentliches Eigentum gilt. Das spielt in die Hände der australischen und kanadischen Bergbauunternehmen Ioneer und Lithium Americas, die zwei der Minen entwickeln und sich damit gegen den Vorwurf illegaler Aktivitäten verteidigen. Doch internationale Normen und die Uno-Erklärung über die Rechte indigener Völker schreiben ausdrücklich vor, dass Unternehmen einen höheren Standard anwenden müssen, wenn die lokalen Vorschriften zu wenig streng sind. |

Vom Lithiumboom profitieren auch internationale Grossinvestoren. Aus der Schweiz halten die Bank UBS, die Vermögensverwalterin Pictet & Cie SA und die Schweizerische Nationalbank Anteile an US-Firmen, die an den Lithium-Minen in Nevada beteiligt sind, darunter General Motors, Lithium Americas, Evolution und Ioneer. Amnesty International ruft Investor*innen dazu auf, von den US-Firmen zu verlangen, dass sie die Zustimmung der indigenen Bevölkerung einholen, ansonsten sollen sie ihre Beteiligungen zurückziehen.

Venezuela hat die grössten Ölreserven der Welt – Präsident Trump will sie für die USA.

US-Präsident Donald Trumps Absicht, sich das venezolanische Erdöl zu sichern, manifestiert eine neue US-Aussenpolitik, die aber eigentlich eine alte ist.

Kommentar von Ludovic Tournès



Rückkehr der Raubtiermentalität

Sind die Vereinigten Staaten ins 19. Jahrhundert zurückgekehrt? Die Aussenpolitik von Präsident Donald Trump übernimmt jedenfalls mehrere Elemente aus der Vergangenheit. Die jüngsten Entwicklungen sind daher weniger als Bruch zu sehen, sondern eher als Rückkehr zu jener Normalität, die zwischen 1780 und 1945 vorherrschte: einer Politik, in der die Vereinigten Staaten ausschliesslich auf ihr eigenes Interesse bedacht waren und Gewalt einsetzten, um dieses zu erreichen – und dabei den Multilateralismus missachteten. Historisch betrachtet war die Zeitspanne zwischen 1945 und dem Beginn des 21. Jahrhunderts eine lange Ausnahme in der amerikanischen Aussenpolitik.

Die Administration Trump setzt auf internationaler Ebene die Haltung des Präsidenten um, die davon ausgeht, dass es nicht genug Ressourcen für alle gibt – also müssten sich die Vereinigten Staaten für die Zukunft so viel wie möglich davon sichern. Deutlich wurde dies am Beispiel Venezuela, dem Land, das nicht nur enorme Reserven an Erdöl hat, sondern auch in unmittelbarer Nähe der USA liegt.

Die imperialistische Politik des 19. Jahrhunderts wieder aufnehmend, möchte sich die Trump-Administration langfristig den Zugriff auf venezolanisches Erdöl sichern. Denn die rasante technologische Entwicklung erhöht den Appetit auf immer mehr Energie: Die Künstliche Intelligenz verschlingt Unmengen an Strom – und der muss auch in Zukunft von irgendwoher kommen.

Die Trump-Administration hat keinen Hehl daraus gemacht, dass es nie um die Demokratie in Venezuela ging. Das Rechtfertigungsmantra der «Einmischung im Namen der Demokratie», das in der amerikanischen Aussenpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg oft genug herhalten musste, kam diesmal nicht zum Zug. Es gab bislang auch keinerlei Anzeichen dafür, dass sich die Vereinigten Staaten für einen demokratischen Übergang in Venezuela engagieren würden. Das Ziel war von Anfang an, sich die venezolanischen Erdölres-

ourcen anzueignen. Doch dabei ergibt sich ein Problem: Dies ist Präsident Trumps Ziel, aber nicht dasjenige der amerikanischen Ölkonzerne.

Denn die würden bei einer Übernahme der venezolanischen Ölreserven massive Investitionen tätigen müssen, um die marode Infrastruktur zu erneuern. Die meisten Anlagen wurden seit mehr als fünfundzwanzig Jahren nicht mehr richtig gewartet. Hinzu kommt die Unsicherheit der politischen Lage. Venezuela hatte innerhalb eines halben Jahrhunderts bereits zweimal sein Öl verstaatlicht. Bei einer künftigen erneuten Verstaatlichung durch eine neue venezolanische Regierung könnten die amerikanischen Konzerne nicht einfach auf eine US-Intervention hoffen, denn Donald Trump ist dann vielleicht – oder ziemlich sicher – nicht mehr an der Macht.

Ist diese US-Politik der Ausdruck eines neuen Kalten Krieges um Ressourcen? Der Hunger Washingtons knüpft jedenfalls an die Geschichte des 19. Jahrhunderts an, in welcher die permanente Ausdehnung des Territoriums lange als ein wesentliches Element der US-amerikanischen Identität galt. Diese Idee verlor im 20. Jahrhundert mit dem Ende der Eroberung des nordamerikanischen Kontinents an Bedeutung. Donald Trump hat die Expansionsgelüste wieder aufleben lassen – das zeigt sein Wunsch nach der Einverleibung von Kanada und Grönland deutlich. Die alte Doktrin des Sichernnehmens, was man braucht, kombiniert mit der globalen Rivalität um die Kontrolle von Ressourcen, erweisen sich als die derzeitigen Schlüsselemente der US-Aussenpolitik. |

Ludovic Tournès ist Professor für globale Geschichte an der Universität Genf, spezialisiert auf die Geschichte der Vereinigten Staaten.



Ein Spital
am Limit

In Damaskus ist eines der letzten Kinderkrankenhäuser des Landes seit dem Ende der Assad-Herrschaft mit einem Ansturm von Patient*innen überlastet. Trotz Versorgungsengpässen, der Abwanderung von Ärzt*innen und explodierenden Kosten versucht die Klinik, die medizinische Versorgung aufrechtzuerhalten.

Reportage von Pauline Vacher. Fotos: Charles Cuau

Entlang der Mauern des Kinderspitals in Damaskus reihen sich Matratzen aneinander; der Ort ist zu einem Notlager für die Familien der Patient*innen geworden. Strassenverkäufer*innen bieten Windeln, Milch oder Süßigkeiten an. Man grüsst sich und tauscht Neuigkeiten aus.

Hamed Aadam, 54 Jahre alt, hat sich direkt beim Eingang niedergelassen. Seine Frau kann den ganzen Tag bei ihrem Kind im Krankenhaus bleiben, er aber muss auf die Besuchszeiten warten. Er stammt aus der Gegend um Raqqa im Nordosten des Landes und trägt das traditionelle lange Hemd der Männer unter einer Lederjacke, dazu die Kopfbedeckung Kufija. Hamed ist vor zwei Wochen mit seinem achtjährigen Sohn, der an einer Lungenerkrankung leidet, hierher gekommen. Das Gesicht des Vaters ist eingefallen, von Müdigkeit gezeichnet. «Bei uns gibt es kein öffentliches Kinderspital», sagt er. Um dem Sohn die bestmögliche Versorgung zu garantieren, hat er eine mehr als siebenstündige Fahrt auf sich genommen.

Wie er kommen Familien aus ganz Syrien in die Hauptstadt. Das Land verfügt nur über vier Kinderspitäler, dasjenige in Damaskus ist das wichtigste. «Die Familien bevorzugen das Spital in der Hauptstadt, da es besser ausgestattet ist und über mehr Fachpersonal verfügt», sagt Hussam Dalati, 57, der ärztliche Leiter

des Kinderspitals in Damaskus. Der Sturz von Baschar al-Assad am 8. Dezember 2024 hat einen massiven Zustrom von Patient*innen aus Regionen ausgelöst, wo die Gesundheitsversorgung unzureichend oder marode ist. Diese Familien, die aus dem ganzen Land anreisen, verlängern die Wartelisten der Krankenhäuser, die ohnehin schon kurz vor dem Zusammenbruch stehen.

Unter ständigem Druck | Aus Platzmangel müssen sich manchmal zwei Personen ein Bett teilen. Regelmässig sind die Stationen voll belegt. «Die Familien, die weite Wege auf sich genommen haben, um hierher zu kommen, verstehen nicht, dass wir keinen Platz haben», sagt Hussam Dalati. Es bleibt nichts anderes übrig, als die Patient*innen in der Notaufnahme zu behalten, bis auf den Stationen ein Bett frei wird. «Das ist eigentlich untragbar, aber wir haben keine Alternative.»

Auf den Stationen versuchen die medizinischen Teams, trotz der materiellen und personellen Engpässe ein Mindestmass an Eingriffen aufrechtzuerhalten. In der Herzchirurgie beispielsweise sind die Operationen auf zwei pro Tag begrenzt, davon nur ein schwerer Eingriff.

Auf der Intensivstation erholt sich ein Säugling nach einer Operation am offenen Herzen, die ein ganzes Team sieben Stunden lang beschäftigt hat. «Ausserhalb solcher Notfälle kann die Wartezeit zwischen sechs Monaten und einem Jahr betragen», sagt Mohamed Younes, der

Stationsleiter. Um die Wartezeiten zu verkürzen, operiert er auch an seinen freien Tagen, was sowohl für ihn als auch für seine freiwilligen Teams mit zunehmender Erschöpfung einhergeht.

Der Personalmangel verschärft sich durch die massive Abwanderung junger Ärzt*innen ins Ausland. «In der Kinderchirurgie, in der ich tätig bin, verlieren wir bis zu 80 Prozent der Absolvent*innen des Medizinstudiums», beklagt Hussam Dalati. Die in Syrien ausgebildeten Fachärzt*innen finden Arbeit in Europa oder in den Golfstaaten, wo die Arbeitsbedingungen stabiler und die Vergütungen konkurrenzlos sind. 2025 verdienen Fachärzt*innen in Syrien etwa 150 Dollar im Monat, Assistenzärzt*innen und Pflegenden 100 Dollar. Das macht eine Rückkehr der ausgewanderten und der während des Bürgerkriegs geflüchteten Fachkräfte unwahrscheinlich. Die Regierung hatte zwar Lohnerhöhungen angekündigt, auf 600 bzw. 350 Dollar für Fach- und Assistenzärzt*innen und auf 200 bis 300 Dollar für das Pflegepersonal – doch bis die ausbezahlt werden, wird es Sommer.

Am Ende der Kräfte | Zu diesen Schwierigkeiten kommen wiederholte Engpässe bei Medikamenten und medizinischer Ausrüstung hinzu. In einem Zimmer der Abteilung für Allgemeinmedizin sitzt Shadi al-Rifa am Bett ihrer dreijährigen Enkelin Haoura. Das kleine Mädchen ist seit drei Tagen wegen dem Kawasaki-Syndrom, einer fieberhaften Entzündung der Blutgefässe, hospitalisiert. Jede Flasche ihrer Infusionen kostet etwa 150 Dollar. Die Medikamente werden nicht vom Staat übernommen. Houras Eltern seien im Daraa im Süden des Landes geblieben und arbeiteten Tag und Nacht, um die Kosten zu bestreiten, erzählt Shadi al-Rifa.

Haoura teilt sich ihr Zimmer mit vier weiteren Kindern. Einige Eltern berichten, dass sie das Geld für die Behandlung nur mit Hilfe von Verwandten oder hu-

Operiert seine kleinen Patient*innen auch in der Freizeit: Der Stationsleiter Dr. Mohamed Younes.



Shadi al-Rifa und ihre Enkelin Haoura teilen sich ein Zimmer mit fünf weiteren Kindern und deren Familien.

manitären Organisationen aufbringen konnten. Wenn die Kosten zu hoch werden, verweist die Spitaladministration die Patient*innen an NGOs weiter. Diese Unterstützung durch den privaten Sektor ist für den Zugang zur medizinischen Versorgung unverzichtbar geworden. «Die Behörden versuchen, ihre Abhängigkeit von internationaler Hilfe zu verringern, aber die Lage ist nach wie vor zu prekär, als dass das möglich wäre», sagt Christina Bethke, die Vertreterin der Uno-Weltgesundheitsorganisation in Syrien. Über die Behandlungen hinaus müssen auch bestimmte medizinische Geräte von den Familien selbst bezahlt werden. In der Herzchirurgie kann ein Oxygenator – unverzichtbar für Operationen am offenen Herzen, da er die Funktion der Lunge übernimmt – bis zu 900 Dollar kosten. Ein Betrag, der für die Mehrheit der Syrer*innen unerschwinglich ist, da 90 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze lebt.

Der ärztliche Leiter des Spitals, Hussam Dalati, versucht, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, doch sein Pessimismus ist offensichtlich. Die Maschinen sind «am Ende ihrer Kräfte», wie er sagt. Sie fal-

Nicht alle Eltern können sich eine Unterkunft leisten, während ihr Kind in Behandlung ist. Also schlafen sie auf Matratzen vor dem Spital.

len regelmässig aus. Ihre Wartung wird durch den Mangel an Ersatzteilen erschwert. Eine direkte Folge davon ist, dass einige komplizierte Operationen unmöglich geworden sind. «Wir können die Kinder nicht mehr so behandeln, wie wir es gerne würden, weil uns die Mittel fehlen», sagt er.

Auf nationaler Ebene anerkennen die Behörden das Ausmass der Schwierigkeiten. Laut Wasel al-Jark, dem Leiter der Direktion für Gesundheitseinrichtungen, waren zum Zeitpunkt des Sturzes von Baschar al-Assad in dem grossen Land mit mehr als 26 Millionen Einwohner*innen nur noch 70 öffentliche Krankenhäuser funktionsfähig. Heute sind es 146, wenn man diejenigen im Nordosten Syriens mitzählt, seit dieses Gebiet vollständig unter die Kontrolle von Damaskus gefallen ist. Das Budget für die Spitäler hat sich je-

doch seit 2024 nicht verändert, sodass die den einzelnen Spitalern zugeteilten Mittel reduziert wurden. Ein Entscheid, der selbst im Gesundheitsministerium kritisiert wird.

Für die Patient*innen bedeutet dies einen zunehmend ungleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Vor dem Krankenhaus warten manche Eltern schon seit Monaten. Adil Sharouf aus Qusayr kam vor drei Monaten mit seinem 5-jährigen Sohn nach Damaskus. Er hat sich ein Hotelzimmer in der Nähe genommen und wartet tagtäglich auf die Besuchszeiten. Für ihn wie für viele Syrer*innen bleiben Spitäler trotz der Wartezeiten noch die beste Lösung. Denn Privatkliniken sind noch teurer, hier kostet eine Übernachtung bis zu 100 US-Dollar.

«Syrien hat heute die Chance auf einen Wiederaufbau. Doch ohne die notwendigen Ressourcen werden sich die Ungleichheiten weiter vertiefen und den sozialen Frieden gefährden», warnt Christina Bethke, während sie die Bemühungen der Regierung lobt. «Es ist unerlässlich, in das Gesundheitswesen zu investieren. Das wird auch dazu beitragen, das soziale Gefüge wiederherzustellen.» |

Pauline Vacher ist freischaffende Journalistin. Charles Cuau ist Fotograf und Journalist. Beide sind zurzeit in Damaskus tätig.





© Morteza Nikoubaz/Reuters

Brüche im Machtgefüge

Der Krieg mit den USA und Israel verschärft die Situation für die Menschen im Iran weiter. Die iranische Führung hält sich mit roher Gewalt an der Macht. Doch wer sind diese Leute und welche Chance gibt es für einen Wechsel im Iran? Von Natalie Wenger

Der Iran steckt in einer schweren Krise. Seit dem 28. Februar befindet sich das Land in einem offenen Konflikt mit den USA und Israel. Feuerpausen werden gebrochen, täglich kommt es zu neuen Angriffen.

Derweil geht die iranische Regierung weiterhin mit voller Härte gegen die eigene Bevölkerung vor: Todesurteile werden in rasendem Tempo vollstreckt, jeglicher Widerstand wird im Keim erstickt. Die Tötung von Ayatollah Ali Khamenei, über 36 Jahre Oberster Führer des Iran, war zwar ein schwerer Schlag für den iranischen Machtapparat, mochte die Regierung aber nicht nachhaltig schädigen. Auch wenn Modschtaba Khamenei, Sohn und Nachfolger von Ali Khamenei, seit seinem Amtsantritt im März nicht öffentlich in Erscheinung trat, bleibt die iranische

Machtarchitektur intakt. In den vergangenen Jahren hat sich eine informelle Junta um das Büro des Revolutionsführers gebildet. Zum innersten Zirkel gehören unter anderem der Parlamentssprecher (Mohammad Bagher Ghalibaf), der Chef der Justiz (Gholam-Hossein Mohseni-Eje'i), der Stabschef der Revolutionsgarden (Ahmad Vahidi), der Generalstabschef der Streitkräfte (Abdolrahim Mousavi), der Sicherheitschef (Ali Larijani) sowie der Präsident (Masoud Pezeshkian). Für jeden dieser Posten stehen bereits zwei bis drei Nachfolger bereit. So soll die Abhängigkeit von einzelnen Figuren verringert und die Widerstandsfähigkeit des Systems gestärkt werden.

Das Rückgrat für dieses System bildet das Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC): Das IRGC fungiert in

erster Linie als Streitkraft, hat sich jedoch im Laufe der Zeit in sämtliche Wirtschaftsbereiche eingenistet und ist in vielerlei Hinsicht sogar einflussreicher geworden als die reguläre iranische Armee. Das IRGC hat nicht nur die militärische Abwehr zum Ziel, sondern auch die Kontrolle der eigenen Bevölkerung, gegen die sie mit brutaler Gewalt vorgeht.

Auch wenn die Lage im Iran weiterhin düster aussieht, werden erste Brüche im Machtgefüge sichtbar. Gemäss Kontakten vor Ort haben die Revolutionsgarden Mühe, Reservist*innen zu mobilisieren, die Armee leidet unter Versorgungsengpässen und Desertionen. Hinzu kommen steigende Rivalitäten zwischen dem IRGC und der Armee. Die Regierung setzt alles daran, diese Schwächen zu vertuschen. Seit Beginn des Krieges hat sie mehr als 850 Kundgebungen organisiert, an welchen Demonstrant*innen ihren Support für die Regierung bekunden. Zeitgleich werden Proteste von Regierungsgegner*innen brutal niedergeschlagen. Die Regierung nutzt gezielt die Angst vor Ausschreitungen und einem Bürgerkrieg, um kritische Stimmen im Keim zu ersticken.

Die Führung scheint zwar immer noch die Oberhand zu haben, doch ein Übergang zu einer neuen Regierung ist nicht völlig unmöglich – wenn auch die Möglichkeiten für menschenrechtskonforme Entwicklungen durch die aktuelle Lage derweil wieder eingeschränkter sind. Doch es gibt noch immer viele Kräfte im Iran, die Widerstand leisten und den Weg in eine friedliche Zukunft ebnen wollen. Um diesen Weg begehen zu können, bräuchte es einen langfristigen Waffenstillstand und ein Ende der andauernden Straflosigkeit für die Personen, die schwere Menschenrechtsverbrechen gegen die iranische Bevölkerung zu verantworten haben. Ein Weg in eine menschenrechtswürdige Zukunft ist noch immer möglich, aber nur ohne Bomben, und ohne Repression. |

Weg von der Strasse

Immer mehr Menschen leben in den USA auf der Strasse. Die Regierung Trump begrenzt die Projekte, die Betroffene unterstützen. Von Betroffenen und Helfer*innen ist Resilienz gefragt.

Text und Bilder von Mélissa Riffaut

«**O**ld Tent City, die alte Zeltstadt, lag auf einem Gelände, das für die Entwicklung des Stadtteils East Bank vorgesehen war. Es ist also kein Zufall, dass gerade dieses Lager geschlossen wurde.» Allie Wallace, Geschäftsführerin der Organisation Open Table, die Menschen in Not unterstützt, weiss, wovon sie spricht. Im Juni 2025 wurde das grösste Obdachlosenlager in Nashville im Bundesstaat Tennessee nach vierzigjährigem Bestehen abgerissen. 86 Bewohner*innen konnten notfallmässig in Motels untergebracht werden. Doch der Wind, der gegen die Wohnungslosen weht, nahm weiter zu.

Knapp einen Monat später veröffentlichte nämlich die US-Regierung ein Dekret mit dem Titel «Ending crime and disorder on America's streets» (Beendigung von Kriminalität und Unordnung auf Amerikas Strassen). Bisherige Bundesmittel für Programme, die Wohnraum ohne Vorbedingungen bereitstellen, wurden in Programme für befristete Unterkünfte verschoben, die die Teilnahme an Suchtbehandlungen voraussetzen.

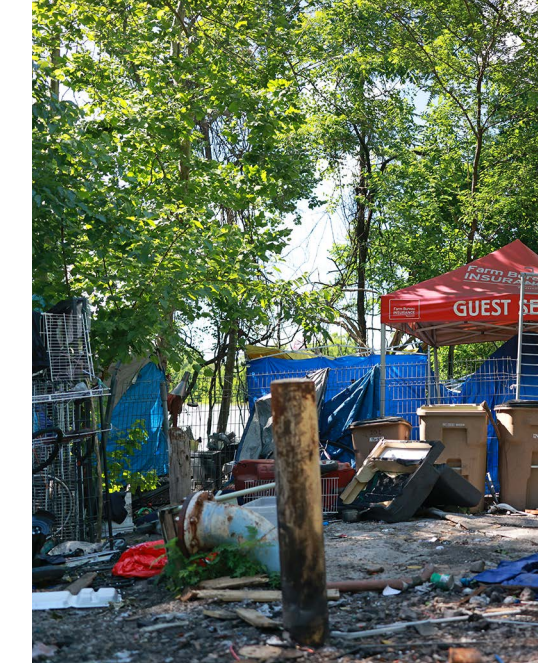
Weil diese Massnahmen vielen Menschen den direkten Zugang zu einer dauerhaften Wohnung erschweren und sie auf der Strasse zu landen drohen, hat eine Allianz aus Bundesstaaten und Nichtregierungsorganisationen gegen das Dekret Klage erhoben. «Obdachlosigkeit ist keine

persönliche Entscheidung: Sie verdeutlicht das Versagen unserer Gesellschaft, die notwendigen Güter und Dienstleistungen bereitzustellen. Wohnen ist ein Menschenrecht», sagt Allie Wallace.

In einem dieser Motels, dem Rodeway Inn, wohnt Andy. Zahlreiche Helfer*innen unterstützen die ehemaligen Bewohner*innen des Obdachlosenlagers bei ihrer Suche nach einer Bleibe. So konnte auch Andy mittlerweile im Rodeway-Inn-Motel untergebracht werden.

Essensdüfte wehen über den Tisch in einem hispanischen Café, während er von seinem Lebensweg erzählt. «Ich wollte nie betteln, wollte keine Hilfe annehmen», sagt er. Wenn er an die Monate, die er in der Old Tent City verbrachte, zurückdenkt, dann erinnert er sich an die dort herrschenden prekären Lebensumstände, aber auch an die Solidarität unter den Bewohner*innen. Im August 2023 hatte er Chicago verlassen und war nach Nashville gezogen. Doch da fand er keine Wohnung und so wurde er obdachlos. «Zuerst ging ich in eine Notunterkunft, aber da habe ich mich nicht sicher gefühlt. Schliesslich landete ich in der Old Tent City.» Hier lebte der 49-Jährige in einer «Zweier-WG» in einem Zelt. «Die Bedingungen waren hart, aber die Menschen waren aufrichtig. Ich habe viel über Resilienz gelernt. Und ich habe verstanden, dass das Leben als Obdachloser eine Unmenge Geduld und Toleranz erfordert.»

Andy erinnert sich aber auch an Gewalt und extreme Wetterbedingungen. In



Brand gesetzte Zelte und die Überschwemmungen, als der Cumberland River, an dem die Zeltstadt lag, über die Ufer trat. Auch Allie Wallace erinnert sich gut daran: «Es gab Hunderte von Vertriebenen, die all ihre Habseligkeiten verloren hatten und nicht wussten, wohin sie gehen sollten.»

Eine schwierige Umstellung |

Sechzig Tage: Das war die Frist, die den Bewohner*innen gegeben wurde, bevor Old Tent City abgerissen wurde. Ein ganzes Netzwerk mobilisierte sich, um den Menschen aus den Schwierigkeiten zu helfen. «Wir hatten eine sehr enge Verbindung zu den Menschen in der Old Tent City», sagt Allie Wallace. «Wir hatten den Bewohner*innen seit der Gründung unserer Organisation geholfen, ihre Grundbedürfnisse zu decken, mit Zelten, Decken, Schlafsäcken, Essen, Kleidung oder anderen Formen von Unterstützung.» Für viele ist der Wechsel von der Strasse in einen geschlossenen Raum ein schwieriger, ja gar traumatischer Übergang. «Nach acht Jahren in einem Zelt, mit einem Eimer als Toilette, ist es eine grosse Umstellung, plötzlich in einem Motel mit einem richtigen Badezimmer zu sein. Einfache Dinge, wie das Benutzen eines WCs, müssen neu gelernt werden», sagt Bailey Amos, die bei der Organisation «The Hospitality Hub» für Nashville zuständig ist – einer Organisation, die Obdachlose beim Umzug in vier Wände unterstützt.

Mélissa Riffaut ist freischaffende Journalistin und schreibt regelmässig für das AMNESTY-Magazin.



Die Lebensbedingungen in der Old Tent City waren prekär, das Gemeinschaftsgefühl aber stark.

Im Rodeway-Inn-Motel teilt sich Andy nun ein Zimmer mit einem Freund, den er lange Zeit in der Old Tent City unterstützt hatte. Die Bewohner*innen organisieren regelmässig Spiele, um in dieser neuen Umgebung wieder ein Gemeinschaftsgefühl aufzubauen. Der Zugang zu Trinkwasser macht den Alltag einfacher: «Früher konnte ich mich vor einem Vorstellungsgespräch nicht duschen. Der Fluss war schmutzig, ich hatte keine sauberen Kleider», erinnert sich Andy.

«Ich habe das Gefühl, dass ich mich hier um viele <Kinder> kümmern muss», sagt er, der Vater eines 11-jährigen Sohnes ist, der in Chicago lebt. Langeweile kennt Andy nicht, denn er kocht für alle im Rodeway Inn. An manchem Sonntag gehen hundert Mahlzeiten aus seiner Küche. Es freut ihn, wenn seine Menüs strahlende Gesichter bewirken. Er überlegt, eine Go-Fund-Me-Kampagne zu starten, um einen Food Truck zu finanzieren. «Zuerst möchte ich meine Situation verbessern. Das Ziel ist, meinen Sohn wiederzusehen, wenn ich mich fest niedergelassen habe», sagt er.

Wohnplätze akut bedroht | Den Nutzen solcher Sprungbretter für eine dauerhafte Unterkunft misst die Behörde «Office of Homeless Services» anhand mehrerer Kriterien, darunter wie sie den Stress beim täglichen Überleben vermindern und den Zugang zu einem geschützten Raum beeinflussen. Mit dem Hospitality-Hub-Programm zusam-

men werden die Dienstleistungen an die individuellen Bedürfnisse angepasst. «Unabhängig von der Art ihrer Probleme: Unser Anspruch ist es immer, den Menschen zu helfen, wieder auf die Beine zu kommen», sagt Bailey Amos. Dank der Unterstützung des Programms konnte Andy seine Geburtsurkunde beschaffen. Jetzt hat er einen Ausweis, ein Auto und einen Job. Seine verbesserte Situation verdankt er auch seiner immensen Entschlossenheit. «Er musste langwierige Verfahren überstehen», erzählt Bailey Amos. «Andy hatte grosses Glück, einen Job für 25 Dollar pro Stunde zu finden. Viele andere haben dieses Glück nicht. Der Mindestlohn in Tennessee ist seit Jahren nicht gestiegen, im Gegensatz zu den Lebenshaltungskosten.»

Andy steht auf mehreren Wartelisten für eine Wohnung, aber die Anforderungen an Interessent*innen und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum erschweren die Suche. Bis heute ist es nur einem Viertel der ehemaligen Bewohner*innen

von Old Tent City gelungen, eine dauerhafte Unterkunft zu finden.

«Unser System hält Menschen im Armutskreislauf gefangen», sagt Allie Wallace. In Übergangslösungen sieht sie kein wirksames Mittel. «Untersuchungen zeigen, dass eine dauerhafte, begleitete Wohnform der beste Weg ist, um Obdachlosigkeit zu beenden.»

Das städtische Amt «Department of Housing and Urban Development HUD», das für bezahlbaren Wohnraum für einkommensschwache Familien und Senior*innen zuständig ist, steht im Zentrum der Spannungen, die die neue Bundespolitik verursacht. Nun sollen die Mittel seines Programms «Continuum of Care», die bislang zu fast 90 Prozent für dauerhaften Wohnraum für obdachlose Menschen eingesetzt wurden, auf Übergangseinrichtungen und Unterstützungsdienste umgeschichtet werden. Diese Umverteilung wird bis zu 170 000 dauerhafte Wohnplätze gefährden. Zehntausende Menschen, die dank des Programms ein sicheres Dach über dem Kopf gefunden hatten, sind wie die Menschen von Old Tent City dadurch in Gefahr, auf der Strasse zu landen.

Andy mit seiner Betreuerin Bailey Amos.



«Ein Gleichbehandlungsgesetz schützt uns alle»

Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus EKR hat vergangenen Herbst anlässlich ihres 30-Jahre-Jubiläums ein Manifest herausgegeben, das die Einführung eines allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes in der Schweiz fordert. Alma Wiecken, Geschäftsführerin der EKR, erklärt im Interview, warum es dieses Gesetz dringend braucht. Von Manuela Reimann Graf

Alma Wiecken, warum hat die EKR dieses Manifest veröffentlicht?

Das Manifest ist ein Ausdruck unserer langjährigen Erfahrung, dass die rechtlichen Grundlagen im Bereich der Diskriminierung nicht ausreichend sind.

Dazu kommt, dass die Menschenrechte weltweit unter Beschuss geraten und Diskriminierungen zunehmen. Wir sind der Meinung, dass es jetzt dringender denn je einen gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung braucht. Es geht um nichts weniger als darum, das in der Bundesverfassung verankerte Gleichbehandlungsgebot für alle Menschen in der Schweiz zu garantieren.

Auch die Organe der Uno, die die Schweiz regelmässig überprüfen, kritisieren den fehlenden allgemeinen Diskriminierungsschutz immer wieder.

Man darf die Stellungnahmen der internationalen Organe in ihrer Wirkung nicht überschätzen. Es wird nur das umgesetzt, was politisch gerade opportun ist. Der Bund erhält die Berichte ja seit Jahren, doch trotz dieser Kritik passiert nichts, der Bund verweist auf die sektoriellen Massnahmen in einzelnen Bereichen. Dabei ist die überwältigende Mehrheit der Jurist*innen, die sich mit dem Diskriminierungsschutz befassen, ebenfalls der Meinung, dass dieser nicht ausreicht.

Warum reichen denn die existierenden Gesetze nicht aus?

Der Diskriminierungsschutz in der Schweiz ist eben sektoriell organisiert – sektoriell, wenn es darum geht, welche Gruppen geschützt sind, aber auch sektoriell, welche Lebensbereiche betroffen sind: Es gibt Teilbereiche wie den arbeits-

minierungen, sondern nur vor öffentlich getätigten Äusserungen oder der Verweigerung von öffentlich angebotenen Dienstleistungen. Sie ist eine strafrechtliche Sanktionierung und soll zu Recht nur für krasse Vorfälle eingesetzt werden.

Es ist das Privatrecht, das uns davor schützen sollte, dass wir in den verschie-

«Es wird nur das umgesetzt, was politisch gerade opportun ist.»

rechtlichen Persönlichkeitsschutz oder den Schutz vor Diskriminierung im Strafrecht. Aber es gibt keinen übergreifenden Schutz vor Diskriminierung.

Es wird oft auf das Diskriminierungsverbot in der Bundesverfassung verwiesen.

Der Artikel 8 in der Bundesverfassung gilt eben nicht für den privaten Bereich und interessiert Arbeitgeber*innen, Vermieter*innen und andere Private erst mal wenig.

Wie sieht es mit der Rassismustrafnorm aus, die zur Diskriminierungstrafnorm ausgeweitet wurde und nun auch die Diskriminierung wegen sexueller Orientierung, wegen Religionszugehörigkeit oder Ethnie einschliesst?

Die erweiterte Diskriminierungstrafnorm schützt nicht vor allen Diskri-

minierungen erfahren. Hier gibt es jedoch eben keinen umfassenden und expliziten Diskriminierungsschutz.

Ausserdem sind die rechtlichen Werkzeuge unzureichend. Nehmen wir ein Beispiel aus meinem Arbeitsbereich, rassistisches Mobbing am Arbeitsplatz: In der Arbeitswelt, die erfahrungsgemäss sehr betroffen ist, gibt es keinen expliziten Schutz vor rassistischer Diskriminierung, da hilft uns wie erwähnt auch die Rassismustrafnorm nicht. Gegen rassistisches Mobbing am Arbeitsplatz könnte zwar der arbeitsrechtliche Persönlichkeitsschutz geltend gemacht werden, allerdings gibt es hierzu fast keine Rechtsprechung, sodass die Erfolgsaussichten sehr unklar wären. Zusätzlich gibt es Lücken beim Zugang zum Recht.

Der arbeitsrechtliche Persönlichkeitsschutz wiederum gilt nur bei bestehendem Arbeitsvertrag, aber nicht bei der Arbeitssuche. Wir wissen aber, dass Menschen mit ausländisch klingenden Namen deutlich mehr Bewerbungen schreiben müssen, um an ein Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Auch im Bereich des Wohnens – sei es bei der Wohnungssuche, sei es bei nachbarlichem Streit – gibt es keinen griffigen Schutz vor Diskriminierung.

Dazu kommt, dass es intersektionelle Mehrfachdiskriminierungen gibt, für die momentan verschiedene Gesetze gelten. Denken Sie an das Beispiel einer Frau mit Kopftuch, die am Arbeitsplatz rassistisch und als Frau diskriminiert wird. Ein allgemeines Gleichbehandlungsgesetz könnte den Zugang zum Recht wesentlich vereinfachen und für alle gewährleisten.

Es gab früher schon parlamentarische Initiativen mit derselben Forderung, die kamen aber nicht durch. Wie sieht die Chance beim gegenwärtigen Parlament aus?

Wenn es um Rassismus allein ginge, würde es extrem schwierig. Wir müssen daher aufzeigen, wie viele Menschen tatsächlich betroffen sind. Denken wir an die Altersdiskriminierung, die Rechte von Menschen mit Behinderungen...

«Diskriminierung macht krank und kostet Geld.»

Jede Person ist potenziell von einer Diskriminierung betroffen! Ich hoffe, dass einige Politiker*innen erkennen werden, dass ein Gleichbehandlungsgesetz uns alle schützt. Ausserdem müssen wir erklären, dass es das Leben von Arbeitgeber*innen oder Vermieter*innen nicht komplizierter machen wird. Und dass es nicht viel Geld kostet. Im Gegenteil: Diskriminierung kostet Geld! Durch Diskriminierung verlieren wir gute Arbeitskräfte. Diskriminierung macht krank.

Studien zeigen deutlich, wie gross die gesundheitlichen Folgen sind für Menschen, die unter Diskriminierung leiden, und wie viel Potenzial verloren geht. Im jetzigen finanzpolitischen Umfeld ist das Argument der sozialen Kosten wohl leider das, das am ehesten überzeugen könnte. Als Menschenrechtlerin widerstrebt es mir zwar, mit den Kosten zu argumentieren, aber wenn das der erfolgversprechendere Weg ist, um das Parlament zu überzeugen: Meinetwegen.

Wäre es nicht zielführender, in die Prävention zu investieren? In die Bildung? Letztlich schützt ein Gesetz nicht vor Diskriminierung, es kann sie höchstens ahnden.

Natürlich braucht es beides. Prävention ist unglaublich wichtig, doch auch da sind die Ressourcen absolut unzureichend. Aber man darf die Wirkung von Gesetzen nicht verkennen. Es geht nicht nur darum, eine rechtliche Grundlage zu haben für den Fall, dass eine Diskriminierung auftritt. Gesetze können auch präventiv wirken, das hat die Einführung des Gesetzes für die Gleichstellung von Mann und Frau gezeigt. Unternehmen überlegen sich seither

zweimal, ob sie Diskriminierung dulden – denn es können für sie hohe Kosten entstehen, nicht nur in finanzieller Hinsicht, auch der Ruf des Unternehmens kann nachhaltig beschädigt werden.

Wie geht es nun weiter?

Derzeit versuchen wir, Allianzen mit anderen Organisationen und Verbänden zu bil-

den. Am 12. November werden wir gemeinsam mit der Eidgenössischen Frauenkommission EKF, humanrights.ch und der NGO-Plattform Menschenrechte Schweiz eine nationale Tagung zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz veranstalten. Ziel ist es, eine breite Allianz von Verbänden und Organisationen zu bilden, die sich für ein allgemeines Gleichbehandlungsgesetz einsetzen. Humanrights.ch formulierte bereits einen Entwurf für ein Gleichbehandlungsgesetz, der als Arbeitsgrundlage dienen kann. Wichtig wird sein, dass wir die politische Mitte erreichen, und dass die Politiker*innen erkennen, wie viele Menschen – Wähler*innen notabene – von Diskriminierung betroffen sind und dass ein allgemeines Gleichbehandlungsgesetz uns allen zugute kommt. |



Das Manifest in der Hand: Alma Wiecken ist Juristin und Geschäftsführerin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, die sich mit Prävention, Analysen und Öffentlichkeitsarbeit gegen rassistische Diskriminierung einsetzt.

© Amnesty International

Reisen in ein versehrtes Land

Mit ihrem syrisch-kurdisch-jesidischen Vater bereist die Autorin Ronya Othmann dessen Heimat und besucht Zeugnisse und Menschen, die aus dem Krieg berichten, aber auch von ihren Hoffnungen und Ängsten nach dem Umbruch. Von Till Schmidt

«Assad ist weg!» Diese Nachricht vom Dezember 2024 kam für viele Menschen überraschend – in Syrien, im Nahen Osten, weltweit. Auch Ronya Othmann hatte nicht damit gerechnet, dass Baschar al-Assad nach Jahrzehnten brutaler Herrschaft gestürzt wird. Othmann ist Tochter einer deutschen Mutter und eines kurdisch-jesidischen Vaters, der in den 1980ern aus Syrien fliehen musste. Die 33-jährige Autorin und Journalistin lebt in Deutschland, ist in den letzten Jahren aber immer wieder nach Syrien gereist.

Vor allem in ihrem literarischen Werk setzt sich Othmann mit der Identität, Geschichte und Verfolgung von Jesid*innen und Kurd*innen auseinander. In ihrem Roman «Die Sommer» führt sie Leser*innen in das Dorf ihrer Grossmutter in der kurdisch dominierten Grenzregion zur Türkei, in «Vierundsiebzig» thematisiert sie den Genozid an den Jesid*innen durch

den Islamischen Staat (IS) im Nordirak und reflektiert die Schwierigkeit, über das bestialische Gewaltverbrechen, seine Nachwirkungen und Aufarbeitung angemessen zu schreiben.

Der überraschende Sturz von Assad durch den Rebellenführer Ahmed al-Scharaa hat Othmann dazu bewegt, mit ihrem Vater erneut nach Syrien zu reisen. Mit ihm erkundet sie das Land aus den Blickwinkeln der kurdischen, jesidischen,

«Jeder Satz, den man heute über Syrien schreibt, kann schon eine Woche später hinfällig sein.» Ronya Othmann

drusischen, alawitischen und christlichen Bevölkerung sowie anderer Minderheiten, die das Ende der Assad-Ära meist erleichtert begrüßen, sich aber gleichzeitig vor neuer Gewalt und einer Islamisierung des Landes unter Ahmed al-Scharaa fürchten. Vielen gilt der Interimspräsident als Wolf im Schafspelz.

Entstanden ist aus den Reisen das Buch «Rückkehr nach Syrien». Die ersten Stationen waren Damaskus, Aleppo, Homs und Idlib, wo al-Scharaa als jihadistischer Milizenführer seine Machtbasis aufgebaut hatte. Othmann und ihr Vater suchten Zeugnisse der Gewaltherrschaft, so das berühmte Foltergefängnis Saidnaya und Assads früheren Palast. Einige Monate später ging es in den Norden des Landes, darunter nach Rakka, die ehemalige Hauptstadt des IS, und in die kurdischen Selbstverwaltungsgebiete. Die Gemengelage vor Ort war auch zur Zeit

ihrer Reise dynamisch: «Jeder Satz, den man heute über Syrien schreibt, kann schon eine Woche später hinfällig sein», schreibt sie.

Immer wieder thematisiert Othmann die Situation der Jesid*innen. Unter Assad waren sie nicht als Ethnie mit einer eigenen Religion anerkannt, für Islamist*innen gelten sie traditionell als «Teufelsanbeter*innen» und oft sogar als vogelfrei. Im Dorf ihrer Grossmutter, die vor dem Genozid durch den IS nach Deutschland fliehen konnte, traf Othmann auch auf einen jungen jesidischen Mann, der sich damals der kurdischen YPG-Miliz angeschlossen hat. Die Schilderungen seines Kampfes gegen den IS und der Bestialität der jihadistischen Gruppen gehören zu den eindrucksvollsten Teilen des Buches.

Othmann berichtet auch aus dem berühmtesten Internierungslager al-Hol, in dem bis zu seiner Auflösung im Februar

2026 bis zu 50 000 IS-Mitglieder und ihre Familien festgehalten wurden, sowie aus einem Waisenhaus für jesidische Kinder, deren Mütter von IS-Kämpfern vergewaltigt worden waren. Wir erfahren, dass es seit vielen Jahren den unabhängigen, multi-ethnischen Radiosender Arta-FM gibt, der unter anderem aufklärerische Sendungen über die jesidische Religion ausstrahlt.

«Rückkehr nach Syrien» ist ein berührendes, erhellendes und politisch wichtiges Buch. Es gibt Einblicke in die Gewaltgeschichte Syriens, die sich fortzuschreiben droht.



Ronya Othmann
Rückkehr nach Syrien.
Eine Reise durch ein ungewisses Land.
Rowohlt, 2025, 192 Seiten



Die Schriftstellerin und Journalistin
Ronya Othmann.

© Paula Winkler



Gesicht zeigen und das Schweigen brechen

Hunderttausende Kinder und Erwachsene wurden in der Schweiz bis in die 1980er-Jahre zwangsweise interniert, fremdplatziert und missbraucht. Das Anna Göldi Museum in Glarus leistet mit der Ausstellung «Gesicht zeigen» einen Beitrag zur Bewältigung dieser Menschenrechtsverletzungen. Von Patrick Walder

«Die Oberin hat jeden Abend Weihwasser aus Lourdes über mein Bett gespritzt. Damals – ich war acht Jahre alt – hat man mir gesagt, ich sei vom Teufel besessen. Jahrelang hat man mir das eingetrichtert. Und ich habe es geglaubt.» MarieLies Birchler ist eine der Betroffenen, die im Anna Göldi Museum zu Wort kommen und über ihre Kindheit im Waisenhaus Einsiedeln in den 1950er-Jahren erzählt.

Bis 1981 griffen Behörden in der Schweiz mit sogenannten «fürsorgerrischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen» tief in das Leben von Hunderttausenden von Menschen ein. Kinder wurden in «Erziehungsanstalten» gesteckt oder mussten als «Verdingkinder» auf Bauernhöfen schwere Arbeit leisten. Unverheiratete Mütter wurden wegen «liederlichem» Lebenswandel zwangsweise «versorgt», sprich eingesperrt, und von ihren Kindern getrennt.

Die Behörden handelten «im Namen der Fürsorge», sie wollten Armut bekämpfen und eine soziale Ordnung herstellen, die autoritär, patriarchal und religiös geprägt war. Kritische Stimmen gab

es schon früh, aber sie wurden lange nicht gehört. Der Widerstand der Betroffenen wurde hart bestraft und blieb isoliert. Die Gesellschaft akzeptierte das System und ignorierte das Leiden.

Erst die Umsetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK zwang die Schweiz, dieses Unrecht 1981 zu beenden, denn die EMRK verbietet es, Menschen aus willkürlichen Gründen einzusperren. Nur dank der Stimmen von Betroffenen, die seit den 1990er-Jahren den Mut fanden, ihr Gesicht zu zeigen und das Schweigen zu brechen, wuchs der politische Druck, dieses düstere Kapitel der Schweizer Geschichte aufzuklären.

Der Bundesrat, die Kantone und die Kirchen entschuldigden sich erst im Jahr 2013 offiziell bei den Betroffenen. Beschlossen wurden eine umfassende Aufarbeitung und eine finanzielle Entschädigung für die Betroffenen. Die wissenschaftliche Aufarbeitung ist mittlerweile abgeschlossen. Nun gilt es, diese in der Gesellschaft zu vermitteln.

Das Anna Göldi Museum bietet mit der Ausstellung «Gesicht zeigen» die Möglichkeit, sich in das Thema zu vertie-

Links: Feldarbeit von Heimkindern in einer Armen-erziehungsanstalt im Kanton Bern, Juli 1954.

Rechts: Sonntagsspaziergang der von Ingenbohrer Schwestern beaufsichtigten Textilarbeiterinnen des Mädchenheims Rüti, 1952.

fen. Zudem sind Betroffene, Angehörige und Interessierte eingeladen, ihre Geschichten zu erzählen und zu erforschen. Das Projekt ergänzt die Wanderausstellung «Ich bin einfach niemand gewesen», die an zahlreichen Schweizer Orten gezeigt wird.

Auch die von Nonnen misshandelte MarieLies Birchler hat ihre Vergangenheit als Heimkind jahrelang verschwiegen. Heute spricht die Protagonistin des Films «Hexenkinder» auf Podien und in Museen über die Geschehnisse und leistet damit einen Beitrag gegen das Vergessen. |

Ausstellungen zu Fürsorge und Zwang in der Schweiz bis Ende Oktober: «Gesicht zeigen»

Werkstattausstellung im Anna Göldi Museum, Glarus
annagoeldimuseum.ch

«Ich bin einfach niemand gewesen»

Wanderausstellung im öffentlichen Raum
ichbineinfachniemandgewesen.ch

Erinnern für morgen

Programm des Bundes zur Vermittlung der Aufklärung fürsorgerrischer Zwangsmassnahmen: erinnern-fuer-morgen.ch





Zum Beispiel Jeanne d'Arc

© Judith Büss

Mit «Are you ready to die?» beleuchtet das Zürcher Schauspielhaus ein Thema, das eine häufige Leerstelle bei der Diskussion der Todesstrafe bleibt: das Leben in der Todeszelle. Von Ulla Bein

Wer sich mit dem Thema Todesstrafe auseinandersetzt, kennt die wesentlichen Argumente gegen dieses härteste aller Urteile: Sie verstösst gegen das Recht auf Leben und ist unumkehrbar; sie vermag nicht mehr abzuschrecken, als es die Androhung einer langen Haft tut; und nicht zuletzt: Ihr Vorhandensein führt zur Verrohung der Gesellschaft.

Die Regisseurin Marie Schleeff hat mit «Are you ready to die?» mit ihrem Team und in Zusammenarbeit mit Amnesty Schweiz ein Stück geschaffen, das sich mit einem weniger beleuchteten Aspekt der Todesstrafe befasst: dem Leben in der Todeszelle und wie Menschen diese quälende Zeit zwischen Todesurteil und Vollstreckung überstehen. Am Beispiel der Bühnenfigur Jeanne d'Arc in Friedrich Schillers Drama «Die Jungfrau von Orleans» wird dieser Lebensabschnitt ins Zentrum gerückt – eine Phase im Leben der zum Tode verurteilten Johanna, die in Schillers Drama nicht vorkommt.

Zu Beginn der Aufführung finden wir eine schlafende junge Frau vor. Sie liegt auf dem Boden eines kalten Raums, der an eine Zisterne erinnert. Eine schwere Eisentür macht die Haftsituation deutlich, trotzdem wirkt die Atmosphäre friedlich. Durch eine andere Tür betreten zwei Frauen den Bühnenraum: Johanna, die ältere Verkörperung der schlafenden

Gefangenen, wird von einer Wärterin zu ihrer Zelle gebracht. Gegenwart und Zukunft begegnen sich, die Zeit zerfliesst. Auch sind die Bewegungen der Figuren extrem verlangsamt – ein weiterer Ausdruck für die Langsamkeit, in der die Zeit in der Zelle vergeht.

Als die Wärterin die Szene verlässt, schauen Johanna und ihr Alter Ego einander eine Zeit lang reglos an, dann ist Johanna wieder allein. Allein mit dem Gefängnisalltag, der sich ihr im Wesentlichen akustisch präsentiert: Reinigungskräfte, Essenslieferungen. Die Geräusche werden mit einer sogenannten akustischen Lupe stark vergrössert, also laut überzeichnet. Das Licht in der Zelle verlöscht nie...

Eine weitere Figur, vermutlich Johanna's Anwalt, tritt mehrfach auf. Erst bringt er Briefe, die trösten. Dann – mittlerweile ist er ergraut – ein Schreiben, das Johanna erschüttert. Weitere Personen treten auf, ihr Verhältnis zur Gefangenen bleibt schwer deutbar: Eine Ärztin, der Geistliche, eine andere Wärterin... Sind sie unbeteiligt und erledigen einfach nur ihre Arbeit? Wollen sie diskret sein und die Verurteilten nicht mit ihrem Mitgefühl bedrängen?

«Are you ready to die?» gibt auf viele Fragen keine Antworten. Das Stück überlässt es dem Publikum, eigene zu

finden oder auch offene Fragen mit nach Hause zu nehmen. Das Stück vermag durch die intensive Darstellung der Schauspieler*innen, allen voran Yvon Jansen als Johanna, zu überzeugen. Die starken Bilder, die fast quälende Zeitlupe, und die aussergewöhnliche Licht- und Tonregie runden zu einem gelungenen Theaterabend ab, bei dem das Publikum bis zuletzt mit der Verurteilten hofft und bangt.

«Are you ready to die? Liminale Zustände vor der Exekution»

Nach einer Lücke in Friedrich Schillers «Die Jungfrau von Orleans»

Regie: Marie Schleeff
Schiffbau-Box Zürich
12.06., 13.06., 15.06.

Am 13.06.2026 um 21.00Uhr findet im Anschluss an die Vorstellung ein Panel in Kooperation mit Free Iran Switzerland und Amnesty Schweiz statt:

Stimmen aus dem Iran – Zwischen Repression und Widerstand

Gäste: Mariam Claren (Aktivistin, Tochter der ehemaligen politischen Gefangenen Nahid Taghavi). Solmaz Korsand (Autorin und Journalistin), Shahrzad Antenna (Free Iran Switzerland). Moderation: Zarina Tadjibaeva

Weitere Informationen: www.schauspielhaus.ch

SELBSTVERSTÄNDLICHKEITEN



© André Gottschalk

Reeto von Gunten Spoken-Word-Künstler, Radiomoderator, Ghostwriter, Musiker und Autor.

Mir fallen immer wieder Dinge auf, die als selbstverständlich gelten – sich aber erstaunlich schlecht erklären lassen. Dinge, die jetzt halt «so sind, wie sie sind», ohne wirklich logisch zu sein.

Eine Zeitung bezahlt man beispielsweise, bevor man sie liest. Ein Nachtessen bezahlt man hingegen, nachdem man es gegessen hat. Offenbar traut man uns im Restaurant mehr als am Kiosk.

Wenn die Tastatur nicht funktioniert, soll man die Taste ESC drücken, Kosten bringen automatisch Nebenkosten mit sich, die so selbstverständlich sind, dass sie selten erklärt werden. Zahlungsfristen bewegen sich irgendwo zwischen zehn und dreissig Tagen, je nach Tagesform der Rechnungstellenden. Und mit Leuchtweste und Funkgerät ausgestattet, darf man plötzlich wildfremden Menschen Anweisungen geben. Im Café steht: «Wir bedienen Sie gerne an der Theke», man macht also alles selbst und wird beim Bezahlen vom Terminal gefragt, wie viel Trinkgeld man gerne geben möchte. Und jede*r Fussballspieler*in ist je nach Trikotfarbe «Freund*in» oder «Feind*in» und nach der nächsten Transferperiode wieder umgekehrt.

Alles Selbstverständlichkeiten, die sich nicht ganz von selbst verstehen lassen. Und dann gibt es die anderen Selbstverständlichkeiten. Die, die tatsächlich sinnvoll wären:

Fussgänger*innen Vortritt lassen, das Alter schätzen und die Jugend unterstützen, nicht vordrängeln und alles so zurücklassen, wie man es antreffen möchte: Kinossessel, Toiletten, Picknickplätze und Ex-Partner*innen.

Selbstverständlichkeiten, die offenbar aber nicht ganz alle von selbst verstehen. So wie die Menschenrechte.

Ich war lange überzeugt, diese seien selbstverständlich. So selbstverständlich, dass ich sie nicht einmal kannte. Wie viele es sind, was genau drinsteht – egal. Hauptsache selbstverständlich. Im Grunde behandle ich sie wie viele andere Dinge auch: Ich gehe davon aus, dass sie existieren, irgendwo geregelt sind und im Zweifelsfall schon jemand anders darauf achtet.

Blinken im Kreisverkehr.
Tempolimiten.
Menschlichkeit.

Vielleicht haben Sie ein anderes Verhältnis zu Selbstverständlichkeiten. Aber wenn nicht, ist das nicht weiter schlimm.

Es scheint ja gerade bestens zu funktionieren, Dinge für selbstverständlich zu halten, die es längst nicht mehr sind. |

**ES GIBT
SELBSTVERSTÄNDLICHKEITEN,
DIE OFFENBAR
NICHT GANZ ALLE
VON SELBST VERSTEHEN.**

AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig,
ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

**WEITERE NACHHALTIGE UND FAIRE PRODUKTE
AUF SHOP.AMNESTY.CH**



TASCHENMESSER VICTORINOX SPORTSMAN

Einfaches Modell mit 13 Funktionen. In Schwarz mit
weissem Logo. Swiss made.

Art. 2300.037.S / Fr. 25.–

TASSE AUS EMAILLIERTEM STAHL

Hochwertige Tasse für Camping, Terrasse und
Frühstückstisch.

Fassungsvermögen 200 ml.

Hergestellt in der Tschechischen Republik.

Art. 2300.050 / Fr. 15.–



KUGELSCHREIBER CARAN D'ACHE

Metallgelb mit schwarzem Logo
auf der linken Seite.

In der Schweiz hergestellt.

Art. 2420.026 / Fr. 30.–



AMNESTY-SOCKEN

Gestreift, mit Kerzen-Logo. 80% Baumwolle,
18% Polyamid, 2% Elasthan. Herkunft Portugal.

Schwarz / Grau:

Grösse M (36-40): Art. 2200.099.M / Fr. 15.–

Grösse L (41-46): Art. 2200.099.L / Fr. 15.–

Schwarz / Gelb:

Grösse M (36-40): Art. 2200.098.M / Fr. 15.–

Grösse L (41-46): Art. 2200.098.L / Fr. 15.–

ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

Name: _____ Strasse: _____

Ort: _____ E-Mail: _____

Tel.: _____ Unterschrift: _____

Mitglieder-/Kund*innen-Nummer: _____

Bestellungen an:
Amnesty International,
Postfach, 3001 Bern
oder online auf
shop.amnesty.ch



© Jon Feingersh/Getty Images

FUSSBALL-WM 2026 STOPPT DIE ANGST, BRINGT DIE FREUDE ZURÜCK!

Bei Fussballfans mischt sich unter die Freude über die Fussball-WM der Männer vermehrt Angst vor Diskriminierung, Repression und Gewalt. Ihre Sorge ist angesichts fehlender Menschenrechtsgarantien berechtigt und muss von der Fifa ernst genommen werden.

Eine Fussball-Weltmeisterschaft ist für manche Fans das wichtigste Ereignis des Jahres: Bis zu 6,5 Millionen Menschen werden sich die 104 Spiele der Männer-WM 2026 in den Stadien anschauen und sechs Milliarden weltweit vor dem Bildschirm. Doch eine WM auf ein reines Sportereignis zu reduzieren, wird deren weitreichenden Auswirkungen auf Mensch, Umwelt und Wirtschaft nicht gerecht.

Eine WM ist nicht nur ein Fussballfest für Spieler*innen und Fans, sie spült dem organisierenden Verband Milliarden in die Kasse. Die Fifa rechnet für die Fussball-WM 2026 mit 11 Milliarden Umsatz, es soll die lukrativste WM aller Zeiten werden! Davon profitiert auch die Schweiz. Weil die Fifa und andere umsatzstarke Sportverbände ihren Sitz in der Schweiz haben, wächst hierzulande das Bruttoinlandprodukt in einem Fussball-WM- oder Olympiajahr um fast einen Prozentpunkt. Das Ge-

schäft mit dem Sport ist also enorm lukrativ, hat jedoch Schattenseiten: Die Menschen und ihre Rechte bleiben dabei oft auf der Strecke.

An eine Fussball-WM reisen nebst Fans und den offiziellen Delegationen auch Tausende Journalist*innen, vor Ort wird das Leben von Millionen Menschen tangiert. Die Fussball-WM in den USA, Mexiko und Kanada sollte die erste werden, die Menschenrechtskriterien bei der Vergabe berücksichtigt. Doch statt Freude herrscht Angst. Angst, nicht einreisen zu dürfen, Angst, nicht ins Stadion eingelassen zu werden – wegen eines Regenbogenschirts oder einer Palästina-Fahne –, Angst vor einer willkürlichen Verhaftung durch ICE. Trotz zahlreicher Menschenrechtsrisiken hat keine der 16 Austragungsstädte einen Massnahmenplan vorgelegt, der die Beteiligten wirksam vor Menschenrechtsverletzungen schützt.

Die Fifa kommt ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht und ihrem Versprechen, dass diese WM die inklusivste aller Zeiten sein würde, nicht nach. Sie hat von den Behörden keinerlei verbindliche Menschenrechtsgarantien eingefordert. Sie hofft, mit einem «Augen zu und durch»-Ansatz durchzukommen.

Wenn Menschenrechte nicht geschützt werden, kippt der Traum rasch in einen Albtraum. Die Fussball-Weltmeisterschaft 2026 droht zu einer Plattform für autoritäres Gebaren zu werden und zu einer Bühne für Unterdrückung, Ausschluss und Gewalt.

Das nehmen wir nicht hin! Denn wir wissen: Druck wirkt. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass die WM 2026 nicht nur für Tore und Titel steht, sondern auch für Respekt und Fairplay.

Lisa Salza, Kampagnenleitung WM 2026

Fordern Sie die Fifa dazu auf, sich für den Schutz der Menschenrechte an der Fussball-WM einzusetzen und unterschreiben Sie die nebenstehende Petition.



Die Konzernverantwortungsinitiative will sicherstellen, dass Konzerne, die ihren Sitz in der Schweiz haben, dafür geradestehen müssen, wenn sie aus Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörung Profit schlagen. Der Gegenvorschlag des Bundesrats ist unzureichend. Mit einem offenen Brief soll nun Druck für ein griffigeres Gesetz gemacht werden.

Das Dossier dieses Magazins zeigt einmal mehr, weshalb es endlich verbindliche Regeln für Konzerne zum Schutz von Menschenrechten und Umweltstandards braucht – nicht nur im Bereich der Bodenschätze und Rohstoffe.

Die im Januar 2025 lancierte neue Konzernverantwortungsinitiative will genau dies sicherstellen, innerhalb kürzester Zeit wurden 287 164 Unterschriften gesammelt und bei der Bundeskanzlei eingereicht. Nun legte der Bundesrat einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative vor.

Doch die Analyse zeigt: Der Gegenvorschlag enthält noch grosse Schlupflöcher. So soll das vom Bundesrat vorgeschlagene Konzernverantwortungsgesetz nur für Konzerne ab 1,5 Milliarden Franken Umsatz und mit mindestens 5000 Mitarbeiter*innen gelten. Aber viele Rohstoffhändler, die milliardenhohe Umsätze machen, haben eine tiefere Zahl an Angestellten. Diese Unternehmen wären somit vom bundesrätlichen Vorschlag ausgenommen und müssten keine Verantwortung für problematische Geschäfte tragen. Doch gerade diese Branche mit ihren hohen Risiken für Menschenrechte und

Umwelt müsste durch das Gesetz berücksichtigt werden. Auch die Schweizer Goldraffinerien wären vom Gegenvorschlag nicht betroffen, obwohl die Schweiz der wichtigste Goldhandelsplatz der Welt ist.

Damit jetzt nicht nur die Wirtschaftsverbände beim Bundesrat vorstellig werden, sondern auch die Meinung aus der Bevölkerung gehört wird, hat die Koalition für Konzernverantwortung einen offenen Brief an den Bundesrat lanciert. Je mehr Unterschriften zusammenkommen, desto grösser wird der Druck auf den Bundesrat, einen wirksameren Vorschlag vorzulegen, der echte Konzernverantwortung garantiert.

Danièle Gasteli Hauser

Die Vernehmlassung läuft nur kurze Zeit: Bis Ende Juni müssen wir dem Bundesrat zurückmelden, wo er nachbessern muss. Unterschreiben Sie den offenen Brief im Flyer, der diesem Magazin beiliegt, und schicken Sie ihn umgehend ab.

Weitere Informationen finden Sie unter: konzernverantwortung.ch

VIELE MÖGLICHKEITEN, SICH EINZUSETZEN

Fühlen Sie sich angesichts der weltweiten Einschränkungen der Menschenrechte und des zunehmenden Autoritarismus machtlos? Werden Sie aktiv und engagieren Sie sich mit uns!

Wir bieten unterschiedlichste Möglichkeiten, sich konkret und direkt für die Menschenrechte einzusetzen und so einen Unterschied zu machen. Gerade jetzt ist viel los!

Fussball-WM-Kampagne: Unterzeichnen Sie untenstehende Petition und melden Sie sich bei uns, wenn Sie ein Soli-Fussballturnier, ein Public Viewing oder anderes organisieren möchten.

Prides und Feministischer Streiktag: Im Juni und Juli finden schweizweit die Prides, am 14. Juni der feministische Streiktag statt. Schreiben Sie Ihren Slogan auf ein Schild, nehmen Sie teil!

Konzernverantwortungsinitiative: Unterschreiben Sie den offenen Brief an den Bundesrat, der diesem Heft beiliegt.

Bar-Kit «All4HumanRights»: Bestellen Sie unser Kartenspiel Parolu, mit welchem das Argumentieren gegen Stammtischparolen geübt werden kann, und verteilen Sie unsere Bierdeckel.



© Amnesty International

Bekleidungsindustrie in Südasiens: Amnesty International fordert die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit von Arbeiter*innen der Bekleidungsindustrie in Südasiens. Unterzeichnen Sie unsere Petition oder organisieren Sie mit uns eine Fotoaktion.

Unsere Petitionen und weitere Möglichkeiten, aktiv zu werden, finden Sie auf unserer Webseite: amnesty.ch/de/mitmachen. Oder schliessen Sie sich einer unserer zahlreichen Amnesty-Gruppen an!
Danai Dimas, Aktivismus-Koordinatorin

Melden Sie sich bei uns, wenn Sie aktiv(er) werden möchten oder Fragen haben: engagement@amnesty.ch

PETITION

FUSSBALL-WM 2026: DIE FIFA MUSS DIE MENSCHENRECHTE ERNST NEHMEN!

HIER UNTERSCHREIBEN ODER VIA QR-CODE ZUR ONLINE-PETITION



An Fifa-Präsident Gianni Infantino

Eine Fussball-Weltmeisterschaft sollte ein Turnier für alle sein. Doch statt Freude herrscht Angst: Die Angst von Fans in den USA, abgeschoben oder gar nicht erst eingelassen zu werden. Die Angst von Obdachlosen in Kanada, zwecks «Stadtverschönerung» verdrängt zu werden. Die Angst von Protestierenden in Mexiko vor Polizeigewalt. In allen drei Austragungsländern haben rassifizierte Menschen und LGBTQIA+ Personen Angst vor Anfeindungen und Übergriffen.

Anlässlich der WM in den USA, Mexiko und Kanada fordern wir Sie daher auf:

- öffentlich zu garantieren, dass Veranstaltungen und Versammlungen im Rahmen der WM nicht zum Ziel von Einwanderungskontrollen durch ICE oder andere militarisierte Behörden werden,
- sicherzustellen, dass Fans, Spieler und die lokale Bevölkerung sich in- und ausserhalb der Stadien frei äussern und friedlich protestieren können,
- wirksame Massnahmen zu ergreifen, um alle Beteiligten vor Diskriminierung zu schützen, und
- Medienschaffende und Menschenrechtsverteidiger*innen zu schützen.

Name	Vorname	Adresse	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			



SETZEN SIE SICH MIT AMNESTY FÜR DIE MENSCHENRECHTE EIN

AKTIV IN EINER GRUPPE

Überall in der Schweiz setzen sich Menschen mit Amnesty International ein. Auch in Ihrer Region. Weitere Informationen finden Sie auf www.amnesty.ch/gruppen.

MIT EINER SPENDE

Ihre finanzielle Unterstützung, sei es eine einmalige oder eine regelmässige Spende, bringt die Menschenrechte voran. Sie finden einen Einzahlungsschein in der Beilage.

ABONNIEREN SIE UNSEREN NEWSLETTER «AMNESTY TODAY» AUF WWW.AMNESTY.CH/NEWSLETTER

BEI AMNESTY YOUTH

AMNESTY YOUTH ist ein Netzwerk von jungen Menschen, die sich in der Schweiz für eine bessere Welt einsetzen. Mehr Infos: www.amnesty.ch/youth

ONLINE

Unter www.amnesty.ch/mitmachen finden Sie aktuelle Informationen zu unseren Aktivitäten und diverse Möglichkeiten, sich mit uns zu engagieren.



AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion
Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern
T: +41 31 307 22 22 . contact@amnesty.ch
www.amnesty.ch
PG: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8